

**Wahlprogramm**  
**zur Bürgerschaftswahl 1991**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Bremen

**„Die bremische Alternative“**

---

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-1918  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-234

# Programm zur Bürgerschaftswahl 1991

**F. D. P.**  
Die Liberalen

*DIE bremische ALTERNATIVE*

Herausgeber: F.D.P. Landesverband Bremen • Elsasser Straße 6 • Tel.: 0421-349 8063  
Druck: Girzig+Gottschalk • Hannoversche Straße 62-68 • 2800 Bremen

wka 0107  
haca/hlbc

X11-011



*Liebe Bremerinnen,  
liebe Bremer!*

Seit 20 Jahren regiert die SPD in Bremen mit absoluter Mehrheit. Bis 1971 hatte Bremen weniger Schulden als die meisten übrigen Bundesländer. Die Bilanz heute: Die Pro-Kopf-Verschuldung ist dreimal so hoch wie der Durchschnitt aller Bundesländer.

Während Bremen in den 50er und 60er Jahren ein Muster für finanzielle Solidität und hanseatische Gediegenheit war, hat die SPD in den 70er und 80er Jahren nicht nur finanziell über ihre Verhältnisse gelebt, sondern darüber hinaus den guten Ruf unseres Landes durch politische Spielwiesen und Sonderwege schwer belastet.

Diese offensichtlichen Folgen der absoluten Mehrheit sind schon schlimm genug. Aber noch schlimmer sind die Auswirkungen auf die politische Kultur hinter der Fassade: Die jahrelange Gleichsetzung von Parteiinteresse der SPD mit dem Gemeinwohl, die Verteilung der Ämter nach Parteibuch - die schlichte politische Inzucht - haben zu einem erschreckenden Verlust an Kompetenz und Ansehen geführt.

**Bremens Selbständigkeit ist durch seine finanzielle Situation in dramatischer Weise bedroht. Aber noch bedrohlicher ist die schleichende politische Auszehrung.**

**Eine Wende zum Besseren ist nur möglich, wenn Sie dafür sorgen, daß die SPD die absolute Mehrheit verliert. Das ist unser vorrangiges Ziel. Dann wollen wir mit Ihrer Unterstützung diese Forderungen durchsetzen:**

1. Bremen braucht die Hilfe von Bund und Ländern. Aber wir dürfen nicht über unsere Verhältnisse leben.

Deshalb fordert die F.D.P.:  
**Maßstab staatlicher Leistungen muß der Standard vergleichbarer Städte sein.**

2. Die Staatsausgaben müssen begrenzt werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:  
**Das Sparen muß an der Spitze beginnen. Kompetenz statt Proporz; konsequente Privatisierung nicht-hoheitlicher Aufgaben.**

3. Der öffentliche Dienst muß leistungsorientiert und bürgerfreundlich sein. Mitbestimmungsrechte der Personalräte dürfen nicht als Blockadeinstrument mißbraucht werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:  
**Novellierung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes.**

4. Bremen und Bremerhaven stehen als Wirtschaftsstandorte im Wettbewerb zu anderen Regionen.

Deshalb fordert die F.D.P.:  
**Klare Entscheidungen für neue Gewerbegebiete und Verkehrsanbindungen, auch wenn SPD-Parteibasis und Interessengruppen dagegenstehen.**

5. Der liberale Rechtsstaat muß die Rechte seiner Bürger sichern.

Deshalb fordert die F.D.P.:  
**Der Staat muß für die Einhaltung von Rechtsnormen Sorge tragen. Polizei und Justiz haben Anspruch auf klare Entscheidungen und wirksame Unterstützung durch die Politik.**

6. Liberale Sozialpolitik will Hilfe zur Selbsthilfe gewähren und nicht den Bürger von der Wiege bis zur Bahre bevorzugen.

Deshalb fordert die F.D.P.:  
**Unterstützung von Eigeninitiative, Selbsthilfegruppen und freien Trägern statt Aufblähung der Sozialverwaltung.**

7. Der Alleingang Bremens in der Schulpolitik muß aufhören: Vielfalt statt Einfalt.

Deshalb fordert die F.D.P.:  
**Grundsätzliche Wahlfreiheit der Schule und des Schulstandortes innerhalb eines breiten Angebotes vielfältiger und gleichrangig ausgestatteter Schulformen.**

8. Der Wunsch jedes Bürgers nach Mobilität muß abgewogen werden gegenüber dem Interesse der Allgemeinheit, Verkehrsdichte und Umweltbelastung zu begrenzen.

Deshalb fordert die F.D.P.:  
**Keine Schikanen und politischen Glaubenskriege in der Verkehrspolitik, sondern klare Konzepte.**

## 9. Wir brauchen mehr Wohnungen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

**Das politisch verursachte Chaos in der Bauverwaltung muß beendet werden. Das Bauressort muß wieder die alleinige Zuständigkeit für die Bauleitplanung erhalten.**

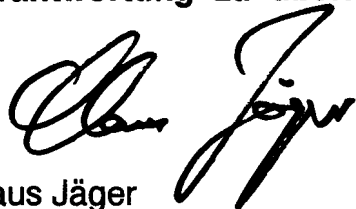
## 10. Ziel liberaler Umweltpolitik ist die Zusammenführung wirtschafts- und umweltpolitischer Anforderungen im Sinne einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft:

Deshalb fordert die F.D.P.:

**Konsequente Nutzung des technischen Fortschritts zugunsten unserer Umwelt. Dazu gehört auch der Bau einer neuen Müllverbrennungsanlage in Bremen.**

**Diese Sachaussagen sind Grundlage unserer Politik. Dafür werben wir um Ihr Vertrauen. Wenn Sie uns durch Ihr Votum den Auftrag erteilen, sind wir bereit, politische Verantwortung zu übernehmen.**

Ihr



Claus Jäger

Spitzenkandidat  
der Bremer F.D.P.

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
EINLEITUNG.....	1
STAATSREFORM .....	3
FINANZEN .....	4
PRIVATISIERUNG .....	5
ARBEITSMARKT	
Qualifikation und Tarifstruktur .....	6
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen .....	7
WIRTSCHAFT .....	8
Gewerbeflächen .....	9
Mittelstand .....	10
1. Freie Berufe .....	11
2. Handwerk .....	12
3. Einzelhandel .....	13
Außenhandel .....	13
Konversion .....	14
Tourismus .....	15
HÄFEN UND SCHIFFFAHRT .....	16
Schifffahrt .....	17

	Seite
Werften .....	18
<b>VERKEHR</b> .....	<b>19</b>
Wirtschaftsverkehr und überregionale Anbindungen .....	19
1. Fernstraßen.....	20
2. Eisenbahn .....	21
3. Flughafen .....	21
4. Binnenschifffahrt .....	22
Stadtverkehr und Wohnqualität .....	22
1. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) .....	22
2. Motorisierter Individualverkehr .....	23
3. Fahrradverkehr .....	24
4. Fußgänger .....	25
5. Ruhender Verkehr .....	25
6. Verkehrsberuhigung .....	26
<b>BAU</b>	
Wohnungsbau .....	27
Stadtbildpflege .....	29
<b>UMWELTSCHUTZ</b> .....	<b>30</b>
Natur- und Landschaftsschutz .....	31
Gewässerschutz .....	31
Abfallwirtschaft .....	32
Altablagerungen und Altlasten .....	34
Energie .....	34

	Seite
<b>SOZIALES</b> .....	<b>36</b>
Soziale Dienstleistungen .....	36
Menschen mit Behinderungen .....	37
Kinder und Jugendliche .....	37
Gewalt gegen Kinder .....	39
Frauen .....	40
Senioren .....	41
Pflege-Risiko-Absicherung .....	42
Gesundheit .....	43
Sport .....	44
Aids .....	45
<b>INNERES</b>	
Innere Sicherheit .....	46
Asylbewerber .....	47
Drogen .....	48
Öffentlicher Dienst .....	49
Bremisches Personalvertretungsgesetz .....	50
Beiräte .....	51
<b>JUSTIZ</b> .....	<b>52</b>
Strafverfolgung .....	53

	Seite
Strafvollzug .....	54
<b>BILDUNG</b> .....	<b>55</b>
Grundschule .....	57
Orientierungsstufe .....	58
Hauptschule .....	59
Realschule .....	60
Gymnasium .....	60
Gesamtschule .....	61
Sonderschule .....	62
Privatschule .....	62
Berufliche Schulen .....	63
Weiterbildung .....	64
Lehrerausbildung .....	65
<b>WISSENSCHAFT: Hochschulpolitik</b> .....	<b>66</b>
Universität .....	67
Hochschule Bremen und Hochschule Bremerhaven .....	68
<b>KULTUR</b> .....	<b>69</b>
Theater .....	70
Museen .....	71
Denkmalpflege .....	72

	Seite
Kunst und Musik in Unterricht und Lehre .....	73
Bibliotheken .....	73
Niederdeutsche Sprache .....	74
Plattdüütsche Spraak .....	75
Privates Engagement .....	76
Stichwortregister .....	77

## Bremens Selbständigkeit sichern

"Vryheit do ik ju openbar" - "Ich verheiße Euch Freiheit"! Das verkündet der Roland seit 587 Jahren den Bürgern und Besuchern unserer Stadt. In dieser Zeit hat es wiederholt große Probleme gegeben. Bremens Freiheit und Unabhängigkeit war nie völlig sicher. Aber Bremen hatte in den kritischen Phasen seiner Geschichte Männer an der Spitze, die der Herausforderung gewachsen waren, so Johann Smidt auf dem Wiener Kongreß, Arnold Duckwitz zu Zeiten des Norddeutschen Bundes und Wilhelm Kaisen nach dem 2. Weltkrieg.

Mit der Gründung der Bundesrepublik haben sich die Deutschen für einen Bundesstaat, für das Prinzip des Föderalismus entschieden. Bis auf Bayern, Hamburg und Bremen waren die Bundesstaaten Kunstgebilde. Aber inzwischen sind sie zusammengewachsen, haben eigene Identitäten entwickelt. Deshalb ist der Zwang zur Neugliederung aus dem Artikel 29 des Grundgesetzes ersetzt worden durch eine Kann-Vorschrift.

Es erscheint paradox, daß ausgerechnet jetzt, da das Prinzip des deutschen Föderalismus als beispielhaft für die Europäische Union angesehen wird und die Menschen in der ehemaligen DDR sich für die alten Länder ausgesprochen haben, bei uns eine grundsätzliche Diskussion über die Existenzberechtigung einzelner Bundesländer geführt wird. In der Vergangenheit haben wir diese Diskussion aus einer Position der Stärke führen können. Bis Anfang der 70er Jahre war Bremen zahlendes Land im Länderfinanzausgleich. Bremen konnte darauf verweisen, daß es als Stadtstaat sehr erfolgreich die für ein Exportland wie die Bundesrepublik unerhört wichtige nationale Aufgabe, einen leistungsfähigen Hafen zu betreiben, wahrgenommen hat.

Heute sieht die Situation anders aus. Dabei stellt sich die Existenzfrage für Bremen nicht in einem formalen verfassungsrechtlichen Sinn. Der



Wortlaut des Artikel 29 bietet Gewähr dafür, daß Bremen als Stadtstaat nicht einfach wegrationalisiert werden kann.

Aber ein Staat stellt sich selbst in Frage, wenn er finanziell nicht mehr in der Lage ist, den gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Bei einem Altschuldenstand von 15 Milliarden, der jährlich um eine Milliarde wächst mit steigender Tendenz, ist es die Hauptaufgabe bremischer Politik, einen Weg aus diesem Teufelskreis zu zeigen. Es gibt keinen Zweifel daran: ohne die Hilfe Dritter können wir das nicht schaffen. Aber auf diese Hilfe haben wir nur dann einen Anspruch, wenn wir alle erforderlichen Eigenanstrengungen gemacht haben.

### **In die Offensive gehen**

In der Vereinigung, in dem größeren Deutschland, liegen auch Chancen. Der bremischen Wirtschaft bietet sich ein neuer, bisher nicht erschlossener Markt. Das traditionelle Hinterland der bremischen Häfen in Sachsen und Thüringen ist wieder erreichbar. Wenn die Verkehrsanbindung über Schiene und Straße hergestellt ist, können die bremischen Häfen dem Wettbewerb zuversichtlich entgegensehen. Durch die Entwicklung in Osteuropa ist Bremen über Nacht von einer Randlage in der EG in die Mitte gerückt. Diese Chancen müssen genutzt werden. Es ist an uns zu beweisen, daß die Bremer im Jahre 1991 genauso in der Lage sind, die Herausforderungen zu meistern, wie ihre Vorfahren.

Wir müssen uns der Diskussion offensiv stellen und durch Fakten belegen, daß

- \* die Kooperation unter den norddeutschen Staaten genauso erfolgreich sein kann wie eine zentralistische Verwaltung;
- \* das politische Gewicht von vier Ländern für den Norden mehr bewirkt als ein Gesamtstaat;
- \* Größe allein überhaupt kein Kriterium ist, sondern nach wie vor in aller Welt Stadtregionen und Stadtstaaten zu den leistungsfähigen Gebieten gehören;
- \* Verwaltungs- und Gebietsreformen nach vermeintlichen Effektivitätsgesichtspunkten für den Bürger Nachteile und steigende Kosten gebracht haben.

Vor allem müssen wir dafür sorgen, daß durch unsere beiden Städte Bremen und Bremerhaven ein frischer Wind weht, der die schädlichen Folgen jahrzehntelanger SPD-Klüngerei hinwegfegt.

## **STAATSREFORM**

### **" Reform an Haupt und Gliedern."**

Bremen muß sich in der Struktur von Regierung, Verwaltung und Parlament neuen Erfahrungen und Erkenntnissen anpassen. Die von dem großen liberalen Bürgermeister Theodor Spitta entworfene Landesverfassung ist von liberalem Geist geprägt und hat eine bis ins vorige Jahrhundert zurückreichende Tradition, aber sie entspricht in Teilen nicht mehr den heutigen Erfordernissen einer parlamentarischen Demokratie.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Aufhebung des Einstimmigkeitserfordernisses bei Verfassungsänderungen.
- Abschaffung der Deputationen zugunsten von Parlamentsausschüssen, um eine klare Trennung der Zuständigkeiten von Regierung und Parlament zu gewährleisten.
- Gleichstellung der Bremerhavener Abgeordneten mit ihren Bremer Kollegen hinsichtlich ihrer Entscheidungskompetenzen.
- Straffere Organisation der politischen Führung. Senat und Bürgerschaft müssen mit gutem Beispiel vorangehen: Die in der Verfassung festgelegte Mitgliederzahl des Parlaments von 100 muß auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.
- Dem Präsidenten des Senats sollte eine Richtlinienkompetenz eingeräumt werden.
- Aufteilung der Senatsressorts unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt der größtmöglichen Effektivität.
- Wiederherstellung eines eigenständigen Bauressorts, in dem die Aufgabengebiete Flächennutzungsplanung und Bauleitplanung in einer Hand liegen (vgl. Kapitel BAU).

## FINANZEN

**"Nur die Wiedergewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit sichert die Selbständigkeit Bremens."**

Bremen hatte in der Vergangenheit den Ruf, die Stadt solider Kaufleute zu sein, die mit Geld umgehen können. Diesem Grundsatz fühlte sich auch der große Bürgermeister der Nachkriegszeit, Wilhelm Kaisen, verpflichtet. Wilhelm Kaisen hat bewußt das Finanzressort nie einem Sozialdemokraten übertragen; unter ihm gab es immer einen liberalen Finanzsenator.

Als 1971 der letzte Finanzsenator der F.D.P., Rolf Speckmann, sein Amt abgab, hatte Bremen Gesamtschulden in Höhe von 1,25 Milliarden Mark. Die Pro-Kopf-Verschuldung betrug 1.700 DM. Nach 20 Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung werden die Schulden unseres Bundeslandes Ende 1991 über 15 Milliarden Mark betragen und die Pro-Kopf-Verschuldung auf 23.300 DM gestiegen sein.

Natürlich trägt die Schuld an dieser Entwicklung nicht ausschließlich die seit 1971 alleinregierende SPD. So beruht die Verlagerung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nach Berlin infolge der Steuerpräferenzen nicht auf hausgemachten Fehlern. Jedoch wurden die zweifelsfrei strukturellen Probleme in der Werft- sowie bei der Stahlindustrie durch die in der Praxis wirtschaftsfeindliche Politik der SPD deutlich verschärft.

Der politische Fehler der SPD liegt darin, daß sie trotz der absehbaren negativen Entwicklung eine hemmungslose Verschuldungspolitik betrieben und den Staatsapparat in unverantwortlicher Weise ausgeweitet hat: 1970 betrug die Zahl der bei der Freien Hansestadt Bremen beschäftigten Mitarbeiter etwa 31.000. Zehn Jahre später waren es 41.000. Die sogenannte Aufgabenkritik der achtziger Jahre hat zwar Stelleneinsparungen gebracht, aber in den letzten Jahren wurde der Personalbestand wieder ausgeweitet, weil der SPD der Mut und die politische Kraft zu einer wirklichen Trendwende fehlt.

Heute steht Bremen vor der Situation, daß ohne eine massive Hilfe durch den Bund und die anderen Länder eine Lösung der Finanzkrise ausgeschlossen ist. Unser Land wird von einer Schuldenlast von über 15 Milliarden Mark, die jährlich um mehr als eine Milliarde Mark wächst, förmlich erwürgt.

Die Bremer F.D.P. unterstützt die berechtigten Forderungen Bremens nach besserer Ausstattung im Bund-Länder-Finanzausgleich. Hilfe von anderen darf aber nur derjenige einfordern, der zuvor jede zumutbare Eigenanstrengung zur Einsparung unternommen hat.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Bremen und Bremerhaven dürfen ihren Bürgern keine Leistungen bieten, die andere Länder, die uns mitfinanzieren, ihren Bürgern nicht zur Verfügung stellen.
- Es muß Schluß sein mit ideologisch motivierten politischen Alleingängen. Bremen darf nicht länger als Spielwiese für sozialdemokratische Experimente mißbraucht werden.
- Der ständigen Forderung nach mehr Staat durch SPD und GRÜNE setzen wir entgegen: Nur soviel Staat wie nötig.
- Nur durch eine konsequente Privatisierung aller Aufgaben, die nicht hoheitlich erbracht werden müssen, sind finanzielle Handlungsspielräume wieder zu gewinnen (vgl. Kapitel *PRIVATISIERUNG*).

## PRIVATISIERUNG

**"Das Land Bremen muß sich konsequent auf hoheitliche Aufgaben beschränken."**

Nur durch eine konsequente Privatisierungspolitik sind die bremischen öffentlichen Haushalte wirksam zu entlasten.

Auf der Schwelle zur Dienstleistungsgesellschaft bietet sich ein ständig wachsendes Feld für ein bedarfsgerechtes Angebot, das durch Private im Regelfall effizienter als durch den Staat bereitgestellt wird. Hieraus ergeben sich neue Tätigkeitsbereiche für mittelständische Betriebe und Freiberufler (vgl. Kapitel *'Mittelstand'*).

Deshalb fordert die F.D.P.:

- konsequente Beschränkung des Landes Bremen auf hoheitliche Aufgaben;
- Privatisierung aller übrigen Dienstleistungen.

Dies gilt insbesondere für die Aufgabenbereiche:

- Kläranlagen,
- Müllabfuhr,
- Müllverbrennungsanlage,
- Hochbauamt,
- Hafenamts Bremen,
- Hansestadt Bremisches Amt Bremerhaven,
- Technischer Betrieb der Theater GmbH,
- Rechenzentrum der bremischen Verwaltung,
- Fernmeldetechnisches Amt.

> Für Bremerhaven: vgl. F.D.P.-Kommunalprogramm Bremerhaven

## ARBEITSMARKT

**"Der Abbau der Arbeitslosigkeit setzt einen grundlegenden Strukturwandel voraus."**

### Qualifikation und Tarifstruktur

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt eine der wichtigsten Aufgaben bremischer Politik. Ohne einen grundlegenden Strukturwandel ist der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht möglich (vgl. *gesamtes Kapitel WIRTSCHAFT*).

Der Arbeitsmarkt ist in sich gespalten. Es gibt zum einen den Mangel an qualifizierten Facharbeitern und zum anderen einen hohen Anteil schwer vermittelbarer Langzeitarbeitsloser.

Von der Langzeitarbeitslosigkeit sind vor allem ungelernete Arbeitskräfte betroffen. Dazu hat nicht nur der Wegfall der Leichtlohngruppen in den Tarifverträgen beigetragen, sondern auch die Abschaffung zahlreicher

kürzerer Ausbildungsgänge (wie Verkäufer, Handelsfachpacker, Bürogehilfe).

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Ausrichtung der Tarifabschlüsse nach den wirtschaftlichen Eckdaten einer Region, nicht am Standard wohlhabender Länder: Die Lohnkosten einer um ihre Existenz ringenden Werft dürfen nicht nach dem Standard von Sindelfingen festgelegt werden.
- Einführung sog. Tariföffnungsklauseln durch die Tarifparteien, um Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben zu erleichtern.
- Unterstützung der Pläne des Bundesbildungsministers zur verstärkten Differenzierung in der Berufsausbildung durch Tarifparteien, Innungen und Kammern.

### Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Das Land Bremen nimmt mit einer hohen Zahl von Beschäftigungsverhältnissen aus Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik ein. Diese Arbeitsplätze sind überwiegend im staatlichen Bereich geschaffen worden und haben kaum zu nachweisbaren Dauerarbeitsplätzen geführt. Daher sind nicht nur positive Effekte im privatwirtschaftlichen Bereich ausgeblieben, sondern es sind sogar Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten privater Unternehmen entstanden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen müssen der Qualifizierung und der Rückführung in den regulären Arbeitsmarkt dienen.
- Umschulungen müssen sich am Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft orientieren.
- Auch bei Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung soll eine Förderung möglich sein.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltungen, öffentlichen Unternehmen und freien Träger sind künftig auf solche

Arbeitskräfte zu beschränken, deren Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt nicht mehr zu erwarten ist.

## WIRTSCHAFT

**"Nur mit einer weltoffenen, liberalen Wirtschaftspolitik lassen sich die Standortvorteile Bremens und Bremerhavens offensiv vertreten."**

Obwohl auch die bremische Wirtschaft im letzten Jahr stärker gewachsen ist als in den Vorjahren, blieben die Zuwachsraten Bremens hinter denen der übrigen alten norddeutschen Bundesländer zurück. Auch im bundesweiten Vergleich der Wirtschaftsdaten trägt Bremen die "rote Laterne": Nimmt man den Index der Bruttoinlandsentwicklung als Maßstab für die Wirtschaftskraft der Länder (1970 = 100), so rangiert Bremen gegenwärtig mit einem Indexwert von 138 nach wie vor an letzter Stelle; der Bundesdurchschnitt liegt bei 161 Punkten. Bremen weist zudem bundesweit immer noch die höchste Arbeitslosenquote auf.

Die F.D.P. unterstützt grundsätzlich das Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm (WAP) als einen Beitrag zur Schaffung einer zukunftsorientierten Wirtschaftsstruktur. Die positiven Ansätze des WAP drohen jedoch immer wieder durch den Widerstand von Interessengruppen innerhalb der Bremer SPD zunichte gemacht zu werden. Die Wirtschaftspolitik in Bremen und Bremerhaven ist in allen Bereichen durch nachfolgende grundlegende Mängel gekennzeichnet:

1. Unfähigkeit des Senats zu klaren und verlässlichen Entscheidungen in der Verkehrs- und Gewerbeflächenpolitik;
2. ein bundesweites Negativ-Image wegen einer beispiellos einseitigen Schulpolitik;
3. überhöhte kommunale Abgaben und Steuern.

Nur eine weltoffene und liberale Wirtschaftspolitik sichert langfristig die Selbständigkeit des Bundeslandes Bremen. Sie allein schafft die notwendigen Rahmenbedingungen, um die Standortvorteile von Bremen und Bremerhaven national und international offensiv herauszustellen, damit auch das Land Bremen von den großen Möglichkeiten der deutschen Vereinigung, der Öffnung Europas nach Osten sowie der Vollen-

derung des europäischen Binnenmarktes ab 1993 profitieren kann. Zudem bekämpft liberale Wirtschaftspolitik wirksam die Strukturschwäche unserer Region durch Stärkung zukunftsträchtiger Wirtschaftsbereiche, namentlich des Dienstleistungssektors.

## Gewerbeflächen

**"Die Ausweisung von Gewerbeflächen an integrierten Standorten ist auch ein Gebot des Umweltschutzes."**

Organisches, langfristiges Wirtschaftswachstum ist ohne ausreichende Gewerbeflächen nicht möglich. Dies gilt sowohl für die Neuansiedlung auswärtiger als auch für die Expansion und Bestandssicherung der vorhandenen bremischen Unternehmen. Durch ein ausreichendes Angebot von Gewerbeflächen an verschiedenen Standorten wird sichergestellt, daß für Unternehmen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen die für sie jeweils optimalen Ansiedlungsmöglichkeiten gewährleistet sind (vgl. Kapitel 'Mittelstand').

Gerade das Gebot, mit Landschaft und Natur sparsam umzugehen, macht es erforderlich, Gewerbeflächen dort auszuweisen, wo vorhandene Infrastruktur genutzt werden kann. Die Schaffung zusätzlicher Gewerbeflächen in Bremen und Bremerhaven an integrierten Standorten ist daher auch aus ökologischer Sicht besser als die Erschließung auf der "grünen Wiese".

Deshalb fordert die F.D.P. die Schaffung bzw. Ausweisung von Gewerbeflächen an folgenden Standorten:

a) in Bremen:

- am Technologiepark an der Universität, insbesondere für forschungsorientierte Unternehmen,
- im Güterverkehrszentrum (GVZ) für Speditions- und Distributionsgewerbe,
- am Flughafen für Dienstleistungs- und Luftfahrtunternehmen,
- in nicht mehr benötigten Hafenanlagen,

- auf Reserveflächen auf dem Klöckner-Gelände,
- auf reaktivierten und aufbereiteten Industriebrachen,
- im zu erweiternden Gewerbegebiet Bayernstraße,
- in der Hemelinger Marsch.

b) in Bremerhaven:

- im Fischereihafen,
- im Gewerbegebiet Speckenbüttel,
- im Gewerbegebiet Weddewarden-Ost,
- im Gebiet Luneort / Luneplate.

Außerdem fordert die F.D.P.:

- die Nutzung frei werdender Standorte der Bundeswehr und der alliierten Streitkräfte,
- eine gemeinsame Landesplanung mit Niedersachsen bei der Ausweisung von Gewerbeflächen.

### **Mittelstand**

**"Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist vor allem dem Mittelstand zu verdanken."**

Die mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur ist das Rückgrat der bremischen Wirtschaft. Die traditionelle maritime Orientierung der bremischen Wirtschaft wird zunehmend ergänzt durch wachstumsstarke und innovative Industrien und Dienstleistungen speziell aus dem mittelständischen Bereich.

Namentlich mittelständische Unternehmen leisten aufgrund ihrer Flexibilität einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung des strukturellen

Wandels. Zudem werden Entscheidungen mittelständischer Unternehmen in erheblich stärkerem Maße auf den bremischen Markt bezogen getroffen.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den letzten Jahren ist vor allem dem Mittelstand zu verdanken. Dabei trägt der mittelständische Unternehmer im Gegensatz zu Großunternehmen das volle Risiko für seine Mitarbeiter und seinen Betrieb.

Die mittelständische Wirtschaft ist wegen ihrer strukturellen Vielfalt weniger konjunkturanfällig. Durch eine aktive und gezielte Mittelstands politik wird die einseitige Abhängigkeit von Großunternehmen abgebaut.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Mittel- und Kleinbetriebe in allen Wirtschaftssegmenten;
- Förderung von Existenzgründungen und des Zuganges zu neuen Technologien;
- verstärkte Öffnung regulierter Märkte;
- Deregulierung und Entbürokratisierung;
- Chancengleichheit bei öffentlichen Aufträgen.

Die F.D.P. unterstützt außerdem den Auf- und Ausbau eines Mittelstandsinstituts in Bremen.

#### 1. Freie Berufe

Die Freien Berufe (z.B. Anwälte, Architekten, Ärzte, Ingenieure, Journalisten, Künstler, Publizisten, Schriftsteller, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer) erbringen einen großen Teil der Dienstleistungen, die nicht zuletzt wegen des Strukturwandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft eine immer größere Bedeutung erlangen. Die Freien Berufe sind daher auch in Zukunft ein tragender Bestandteil unserer freiheitlichen und sozialen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Freiberufliche Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit sind daher auch in Zukunft unverzichtbar.

Die F.D.P. lehnt es ab, daß öffentliche Verwaltungen über ihre hoheitlichen Aufgaben hinaus im Rahmen von staatlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung Arbeiten übernehmen, die besser, schneller und in der Regel preiswerter von privaten Dienstleistungsanbietern erbracht werden können (vgl. Kapitel PRIVATISIERUNG).

Die F.D.P. wird sich gegen jede Art einer Beschränkung der freiberuflichen Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Eigenverantwortung zur Wehr setzen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Verstärkte Berücksichtigung der Anregungen von Freiberuflern bei der politischen Willensbildung;
- Erschließung weiterer Tätigkeitsfelder für Freiberufler, insbesondere durch Privatisierung kommunaler Dienstleistung (vgl. Kapitel PRIVATISIERUNG).

## 2. Handwerk

Das deutsche Handwerk ist bekannt für seine hohen Qualitätsnormen in der praktischen Arbeit und in der Berufsausbildung. Aufgabe der Politik ist es daher, diesen Standard zu sichern.

Der wirtschaftspolitische Stellenwert des Handwerks ergibt sich auch aus der stetig steigenden Nachfrage nach qualifizierten handwerklichen Leistungen (vgl. Kapitel 'Mittelstand').

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Ausweisung preisgünstiger und somit auch für kleinere Unternehmen finanzierbarer Gewerbeflächen zum Aufbau bzw. zur Erweiterung von Betrieben (vgl. Kapitel 'Gewerbeflächen').
- In der Flächennutzungsplanung und in der Bauleitplanung muß der Erhalt störungsarmer Handwerksbetriebe in Wohngebieten gesichert werden.
- Keine Einschränkung des weltweit anerkannten dualen Ausbildungssystems (vgl. Kapitel 'Berufliche Schulen').
- Entlastung des Handwerks von bürokratischen Vorgaben durch Be-

seitigung überflüssiger Vorschriften, insbesondere hinsichtlich von Beschäftigungshindernissen für Frauen im Handwerk.

## 3. Einzelhandel

Bremen und Bremerhaven weisen im Vergleich zu anderen Kommunen seit Jahren erhebliche Defizite in der Entwicklung des Einzelhandels auf: Seit Mitte der 70er Jahre ist kontinuierlich Kaufkraft abgewandert. Ursachen hierfür sind die Abwanderungen von Hauptniederlassungen sowie die Tendenz zu Monostrukturen bei den Einzelhandelsgeschäften. Diese Entwicklung muß gestoppt werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Attraktivität der Innenstädte muß gesteigert werden. (vgl. Kapitel 'Tourismus' und VERKEHR).
- Die Innenstädte müssen für den Autofahrer erreichbar bleiben.
- Die Mittel- und Nebenzentren müssen ausgebaut werden.

Der Dienstleistungsabend hat zur Stabilisierung des Einzelhandels in der Innenstadt beigetragen. Dies bestärkt die F.D.P. in der Auffassung, daß es keinen vernünftigen Grund für eine gesetzliche Regelung der Ladenöffnungszeiten gibt.

## Außenhandel

**" Auch ein schwunghafter Außenhandel  
sichert Bremens Selbständigkeit."**

Für Bremen und Bremerhaven als internationalem Umschlagplatz sind die Außenhandelsbeziehungen von existentieller Bedeutung (vgl. Kapitel EINLEITUNG und HÄFEN UND SCHIFFFAHRT).

Die F.D.P. unterstützt den Aufbau von internationalen Handels- und Distributionszentren im Land Bremen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Nutzung der Handels- und Distributionszentren für die Anwerbung von Handelsvertretungen und Repräsentanzen.
- Konzentration der Anwerbung auf diejenigen Länder und Regionen, die noch nicht über historisch gewachsene Beziehungen zu Hafenmetropolen verfügen.
- Die bremischen Hafenvertretungen in Deutschland, Europa und Übersee, aber auch die Repräsentanzen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, müssen konsequent für dieses Ziel eingesetzt werden.

All diese Aktivitäten müssen zu einem modernen Marketinginstrument zusammengefaßt und unter Kosten- und Organisationsaspekten effizient gestaltet werden.

### Konversion

**"Die Umstrukturierung der Produktionspalette ist vor allem Aufgabe derjenigen Betriebe, die an der Rüstung bislang gut verdient haben."**

Der hohe und im Bundesvergleich überproportionale Anteil bremischer Unternehmen an der Rüstungsproduktion kann das Land vor neue wirtschaftsstrukturelle Probleme stellen (vgl. Kapitel *ARBEITSMARKT und 'Mittelstand'*)

Daher ist eine Umstrukturierung der Produktpalette (Konversion) notwendig. Dies ist jedoch in erster Linie Aufgabe derjenigen Unternehmen, die von den Rüstungsaufträgen der Vergangenheit profitiert haben.

Für die F.D.P. gibt es aber auch keinen Zweifel: Solange deutsche Soldaten Waffen brauchen, dürfen diese auch in Bremen gebaut werden.

Einen eigenständigen Konversionsfonds lehnt die F.D.P. ab. Staatliche Aufgabe kann es allenfalls sein, die Konversion durch verbesserte Rahmenbedingungen zu begleiten.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Betroffenen Unternehmen muß der Zugang zu bereits bestehenden Maßnahmen des WAP ermöglicht werden.
- Der Bund muß das Land Bremen als förderungswürdige Region im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung" weiterhin unterstützen.

### Tourismus

**"Der Tourismus im Lande Bremen braucht neue Impulse."**

Der Tourismus wird im Zuge der ständig steigenden Freizeit in unserer Gesellschaft eine zunehmende Bedeutung gewinnen.

Die positive Entwicklung des Städtetourismus in den letzten Jahren konnten Bremen und Bremerhaven nicht mitvollziehen. Sie verzeichnen in diesem wichtigen Dienstleistungsbereich erhebliche Defizite.

Das Fehlen einer Tourismus- bzw. Stadtmarketingkonzeption hat sowohl das Erscheinungsbild unserer beiden Städte erheblich verschlechtert (vgl. Kapitel *'Stadtbildpflege'*) als auch eine offensive und überregionale Werbung für unseren Zwei-Städte-Staat verhindert.

Deshalb fordert die F.D.P. eine Tourismuskonzeption für das Land Bremen auf der Grundlage folgender Vorschläge (vgl. Kapitel *'Stadtbildpflege', 'Denkmalpflege'*):

- Einrichtung einer professionell arbeitenden Veranstaltungsgesellschaft, die alle Messen, Kongresse und Großveranstaltungen unter Mitwirkung der Betroffenen koordiniert und überregional akquiriert;
- mehr Sauberkeit in der Bremer Innenstadt, namentlich im Bereich des Marktplatzes;
- Erhöhung der Bummel- und Einkaufsqualität durch Schaffung fußgängerfreundlicher Laufschnellen unter Einbeziehung der Wallanlagen, der Kunsthalle, des Theaters und der neu zu ge-

- staltenden Ostertorkreuzung;
  - Schaffung eines integrierten Informationsleitsystems für Bremer Kultureinrichtungen;
  - bessere Verbindung zwischen Schnoorviertel und Marktplatz / Böttcherstraße;
  - Modernisierung oberzentraler Einrichtungen wie der "Glocke" als Konzerthaus oder überregional bedeutender Sportstätten.
- > Für Bremerhaven: vgl. F.D.P.-Kommunalprogramm Bremerhaven

## HÄFEN und SCHIFFAHRT

### "Investitionen in die Bremer Häfen sind Investitionen in Bremens Zukunft."

Die Selbständigkeit Bremens hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit seiner Häfen ab. Daher muß Hafenpolitik Schwerpunkt bremsischer Politik sein. Investitionen, die die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen fördern, sichern gleichzeitig die Selbständigkeit des Landes (vgl. *Einleitung*).

Deshalb fordert die F.D.P.:

- konsequenten Ausbau des Bremerhavener Container-Terminals, um mit dieser Zukunftsinvestition am seeschifftiefen Wasser die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Hafengruppe zu sichern;
- Vertiefung der Außenweser;
- Liberalisierung des gesamten Hinterlandverkehrs von und zu den deutschen Seehäfen;
- Ausbau mit modernsten Datenverarbeitungs- und Telekommunikationstechniken zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit;

- Harmonisierung der Kosten für die Binnenverkehrsträger;
- Aufbereitung von Flächen für die Neuansiedlung von Firmen (vgl. Kapitel 'Gewerbeflächen');
- Umwandlung von Hafenanlagen, deren Nutzung unwirtschaftlich ist, in Gewerbeflächen.

Weitere hafenpolitischen Optionen - z.B. die Erweiterung des Neustädter Hafens bei den Becken II und III - sind offenzuhalten.

Die Verlagerung von Vollcontainerdiensten aus dem Neustädter Hafen nach Bremerhaven ist sinnvoll. Die betroffenen Unternehmen sind in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen.

Die F.D.P. ist der Auffassung, daß die Häfen in der Stadt Bremen und die stadtbremischen Überseehäfen in Bremerhaven nach dem Modell des Fischereihafens Bremerhaven als Landeshäfen zu führen sind.

## Schiffahrt

### "Die positive Entwicklung der deutschen Schiffahrt muß gestärkt werden."

Das von der F.D.P. initiierte und durchgesetzte Zusatzregister hat die Ausflagung in der deutschen Seeschiffahrt gestoppt und Rückflagungen unter die deutsche Flagge bewirkt. Diese positive Entwicklung muß durch geeignete Maßnahmen begleitet werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Bei Schaffung eines zentralen europäischen Registers sind die Rahmenbedingungen des deutschen Zusatzregisters als Mindestanforderung zu übernehmen.
- Den Schiffahrtsunternehmen muß durch eine Senkung der ertragsunabhängigen Steuern und durch die Halbierung der Lohn- und Einkommensteuer - wie bei im Ausland beschäftigten Arbeitnehmern üblich (Montageerlaß) - geholfen werden.



- Die Finanzbeiträge zur Unterstützung der deutschen Seeschifffahrt müssen zeitlich begrenzt weiterhin gewährt werden.

## Werften

**"Der Schiffbau in Deutschland muß gesichert werden."**

Eine in so hohem Maße vom internationalen Handel abhängige Nation wie Deutschland muß auch weiterhin seine für die Abwicklung der Transportaufgaben erforderlichen Verkehrsmittel wie Flugzeuge und Schiffe selbst bauen können. Der Verzicht auf den Schiffbau in Deutschland würde die Abhängigkeit von Monopolstrukturen in Fernost bedeuten.

Solange im Schiffbau der Markt nicht funktioniert, müssen Wettbewerbsverzerrungen ausgeglichen werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Aufrechterhaltung der Wettbewerbshilfe für den Schiffsneubau;
- Fortsetzung der Umstrukturierung und Diversifizierung der Werften;
- Gewährung zeitlich begrenzter Maßnahmen zur Technologieförderung der Werften.

## VERKEHR

**"Verkehrspolitik muß wirtschaftlichen Anforderungen ebenso gerecht werden wie dem Erhalt der Wohnqualität."**

Verkehrspolitik im Lande Bremen heißt: Unfähigkeit und mangelnde Koordination. Verteufelung und willkürliche Pinselstriche ersetzen kein Konzept. Unsere Städte brauchen keine ideologischen Festlegungen, sondern intelligente und tragfähige Lösungen, die den unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden: So müssen einerseits die Wirtschaftsstrukturen, insbesondere im Einzelhandels- und Dienstleistungsbereich gestärkt werden, andererseits muß die Wohnqualität Bremens und Bremerhavens erhalten bleiben.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Grundlage zukünftiger Verkehrsplanungen muß ein bremischer Verkehrswegeplan sein, der alle Verkehrsinfrastrukturen erfaßt und in enger Abstimmung mit dem Land Niedersachsen zu entwickeln ist.
- Um die notwendigen Einzelmaßnahmen richtig einordnen und bewerten zu können, muß der bremische Verkehrswegeplan die gleiche Geltungsdauer wie der Bundesverkehrswegeplan haben.

## Wirtschaftsverkehr und überregionale Anbindungen

**"Gewerbeverkehr darf Wohngebiete so wenig wie möglich belasten."**

Bremen braucht als Hafen- und Handelsstadt optimale überregionale Verkehrsverbindungen. Gleichwohl darf der Wirtschaftsverkehr innerstädtische Straßen nur so wenig wie möglich belasten. Gewerbegebiete sind nach Möglichkeit direkt an das Bundesautobahnnetz anzuschließen (vgl. Kapitel 'Gewerbeflächen'). Aufgabe des Landes ist es, entsprechende Konzeptionen zu entwickeln und diese

unverzüglich in Planungen umzusetzen.

### 1. Fernstraßen

Obwohl der Bund die Finanzierung für die von der F.D.P. bereits 1983 im Zuge der Neufassung des Flächennutzungsplanes vorgeschlagene Trassierung der A 281 vom Güterverkehrszentrum (GVZ) zur "Hansalinie" (Richard-Dunkel-Straße, Untertunnelung des Flughafens) verbindlich zugesagt hatte, ist die dringend notwendige Autobahnanbindung des GVZ infolge der unterbliebenen Planungsvorarbeiten durch den Senat verzögert worden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Zügige Durchführung der Planungsarbeiten für die A 281 vom GVZ zur A 1 "Hansalinie" unter Beteiligung privater Ingenieurbüros mit folgender Streckenführung: Im Zuge der Richard-Dunkel-Straße in Tieflage, Untertunnelung des Flughafens zu einer neuen Anschlussstelle "Brinkum-West" an der A 1.
- Angesichts der vom Senat verursachten Behinderungen der Entwicklungsmöglichkeiten des GVZ sind als Übergangslösungen Engpässe im Straßenzug Senator-Apelt-Straße/Neuenlander Straße zu beseitigen.
- Schließung des Autobahnringes um Bremen, insbesondere Realisierung der Weserquerung bei Klöckner (A 281) und Anschluß an die A 1 "Hansalinie".
- Weiterbau der Hafenrandstraße im Bremer Westen.
- Direktanbindung der Gewerbegebiete in Hemelingen an die Autobahn.
- Kreuzungsfreien Anschluß der B 74 an die A 27 über den Verteilerkreis Bremen-Nord in beide Richtungen.
- Weiterbau der B 74 bis Farge.
- Schnelle Verwirklichung des Autobahnzubringers Bremerhaven-Mitte.
- Bau der Westtangente in Bremerhaven.

- Bau der Weserquerung bei Dedesdorf.

### 2. Eisenbahn

Die neuen Bundesländer, insbesondere Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sind ein wichtiger Wirtschaftsraum für Bremen und seine Häfen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Wiederherstellung der Eisenbahnstrecke Bremen - Uelzen - Stendal - Berlin.
- Verbesserte Anbindung Bremens an das Intercity-Netz sowie die neuen Hochgeschwindigkeitsstrecken.

### 3. Flughafen

Dem Luftverkehr, insbesondere dem Luftfrachtverkehr, kommt im Verbund der Verkehrsträger eine immer größere Bedeutung zu. Bremens Anspruch, überregionaler Wirtschafts- und Technologiestandort zu sein, macht die Nutzung aller Möglichkeiten des Bremer Flughafens notwendig.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Ausbau des Flughafens und volle Nutzung der Startbahn.
- Bau der Zurollbahn zum östlichen Startbahnende.
- Weitere Verbesserung der Anfliegbarkeit unter Schlechtwetterbedingungen (Kategorie III).
- Nutzung der Gewerbegebiete in Flughafennähe vor allem für die Ansiedlung flughafenorientierter Unternehmen (vgl. Kapitel 'Gewerbeflächen').
- Ausbau des Flughafens Luneort.

#### 4. Binnenschifffahrt

Der Binnenschifffahrt kommt gerade aus ökologischen Gründen eine hohe Bedeutung zu. Deshalb muß die Anbindung der bremischen Häfen durch die Mittelweservertiefung zügig vorangetrieben werden. Die ökologischen Folgen einer Weservertiefung sind soweit wie möglich auszugleichen und abzumildern.

#### Stadtverkehr und Wohnqualität

**"Wir brauchen ein Miteinander,  
kein Gegeneinander aller am  
Verkehr Beteiligten."**

Zwar scheinen die Verkehrsverhältnisse in Bremen im Vergleich mit anderen Großstädten noch beherrschbar zu sein, doch sind auch hier die Grenzen erkennbar:

- Staus in Verkehrsspitzenzeiten;
- begrenzte Parkmöglichkeiten;
- motorisierter Verkehr und Wohnqualität sind in einigen Gebieten konkurrierende, zum Teil sich gegenseitig ausschließende Ansprüche.

Die F.D.P. setzt auf eine verantwortungsvolle Verkehrspolitik, die sich an realistischen Zielen orientiert:

##### 1. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Nur ein in den Verkehrsspitzenzeiten reibungslos funktionierender, attraktiver und umweltschonender ÖPNV wird eine spürbare Entlastung bringen. Glaubenskämpfe in der Verkehrspolitik trüben den Blick für sachgerechte Entscheidungen. So führt insbesondere die vom SPD-Senat zu verantwortende undifferenzierte Schraffierung der Zubringerstraßen zu einer nicht zu rechtfertigenden Behinderung des motorisierten Individualverkehrs und damit zu einer stärkeren Belastung der Umwelt.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Vorrang für den ÖPNV im Innenstadtbereich. Die Innenstadt muß jedoch mit dem Auto vor allem für Kunden aus dem Umland erreichbar bleiben.
- Einrichtung von zusätzlichen Bus-Querverbindungen, um Anreize zu schaffen, bei Fahrten zum Arbeitsplatz auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Dabei ist eine optimale Verknüpfung der Omnibuslinien mit den schienengebundenen Verkehrsmitteln herzustellen.
- Umrüstung der Busse auf umweltverträgliche Antriebssysteme (Nachrüstung mit Diesel-Rußfiltern, Installation von Elsbeth-Motoren und anderes mehr).
- Ausbau der Verkehrsgemeinschaft mit dem niedersächsischen Umland.
- Insbesondere für die Berufspendler aus dem Umland ist ein Ausbau des Straßenbahnnetzes erforderlich. Priorität haben folgende Strecken:
  - Linie 6 bis zur Universität,
  - Linie 4 bis Lilienthal,
  - Linie 2 bis Oslebshausen,
  - Linie 1 bis Bahnhof Dreye.
- An den Endpunkten dieser Linien müssen ausreichend Parkplätze eingerichtet werden. Für die Finanzierung sind Mittel aus dem Aufbaufonds der Gemeinsamen Landesplanung Bremen / Niedersachsen einzusetzen.
- Einrichtung einer S-Bahn-Verbindung auf der Längsachse zwischen Bremen-Nord und Achim/Verden als erster Teilstrecke eines neu zu schaffenden Schnellbahnsystems.
 

Vorzüge:

  - Gute Erreichbarkeit,
  - hoher Pendler-Anteil,
  - Vorhandensein mehrerer Bahnhöfe.

> **Für Bremerhaven:** vgl. F.D.P.-Kommunalprogramm Bremerhaven

##### 2. Motorisierter Individualverkehr

Eine Konzentration des Individualverkehrs auf einige Hauptverkehrs-

achsen ist die unverzichtbare Voraussetzung für eine wirksame Entlastung von Wohnstraßen und damit Beruhigung von Stadtvierteln. Daher ist der Durchgangsverkehr in erster Linie über die Bremen umgebenden Autobahnen abzuwickeln. Der Bau der Eckverbindung A 281, des Wesertunnels und die Anbindung an die Hansalinie auf der Neustädter Seite sollen das System der Autobahntangenten vervollständigen (vgl. Kapitel 'Wirtschaftsverkehr').

Folgende Streckenführungen haben darüber hinaus Entlastungsfunktion und gewährleisten die Erreichbarkeit der Innenstadt:

- Vom Nordosten über den Autobahnzubringer "Freihäfen" nach Fertigstellung des Nord-West-Knotens.
- Vom Westen durch die B 75.
- Vom Osten und Südosten durch die Franz-Schütte-Allee, die Kurfürstenallee und die Schwachhauser Heerstraße sowie durch die Lillenthaler- und Horner Heerstraße.

Weitere Entlastungen vom Durchgangsverkehr sind insbesondere im Süden notwendig.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Ausbau der Georg-Bitter-Straße als Verlängerung der Werderbrücke.

Notwendig ist außerdem der Abbau des Schilderwaldes auf den Straßen. Die Verunstaltung ganzer Straßenzüge durch rot-weiße Bakenwälder und Pfahlreihen, schlecht sichtbare, aufgemalte Fahrbahnmarkierungen bzw. künstliche Hindernisse sind eher ein Sicherheitsrisiko.

### 3. Fahrradverkehr

Dem wachsenden Anteil des Fahrradverkehrs im Nahbereich ist Rechnung zu tragen. Viele Radwege sind dringend sanierungsbedürftig. Im Innenstadtbereich Bremens und in Bremerhaven fehlt ein geschlossenes Radwegesystem. Bei allen Baumaßnahmen muß dem Sicherheitsbedürfnis von Fußgängern Rechnung getragen werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Schaffung von Radwege-Achsen in Ost-West-Richtung vom Ostertor zum Stephaniviertel und in Nord/Süd-Richtung vom Rembertiviertel/Schwachhausen zur Neustadt.
- Nutzung verkehrsschwacher Straßenzüge für ein Wegenetz mit Vorrang für Radfahrer und Fußgänger.
- Bei Neubau von Radwegen sind diese klar von Fußwegen abzugrenzen und mit einer fahrradgerechten Oberfläche (beispielsweise kein Kopfsteinpflaster) zu versehen.

### 4. Fußgänger

Dem Sicherheitsbedürfnis von Fußgängern, insbesondere von Senioren, sehgeschädigten Personen und behinderten Mitbürgern muß beim Straßenausbau, bei der Straßengestaltung und beim Bau von Radwegen Rechnung getragen werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Schaffung eines durchgehenden, behindertengerechten Fußwegenetzes. Besonderes Augenmerk muß auf die sichere Überwindung großer Straßenkreuzungen vor allem für Senioren, Sehgeschädigte und Behinderte gelegt werden.

### 5. Ruhender Verkehr

Die oberzentrale Funktion Bremens erfordert die Erreichbarkeit der Innenstadt auch mit dem PKW und die Bereitstellung von geordnetem Parkraum in Parkhäusern.

Die gegenwärtig bestehenden Zu- und Abfahrtsregelungen für die Parkhäuser behindern jedoch die Bemühungen um Ausweitung der Fußgängerzonen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Parkhaus Katharina:  
Direkter Abfluß zum Schüsselkorb, (Verkehrsberuhigung in der Ka-

tharinenstraße und im Schüsselkorb).

- Parkhaus Violenstraße:  
Abfahrt über Bürgerstraße/Ostertorwallstraße (Entlastung Schüsselkorb / Museumsstraße).
  - Parkhaus Langenstraße:  
Direkte Anfahrt von der Martinistraße (Verkehrsberuhigung für Langenstraße und Bredenstraße).
  - Parkhaus Balgebrückstraße:  
Direkte Anfahrt über Martinistraße / Balgebrückstraße (Verkehrsberuhigung Wachtstraße und Marktstraße für bessere Fußgängerverbindung zwischen Marktplatz und Schnoorviertel).
- > **Für Bremerhaven:** vgl. F.D.P.-Kommunalprogramm Bremerhaven

## 6. Verkehrsberuhigung

Die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in den Wohngebieten sind grundsätzlich fortzusetzen. Diese Maßnahmen müssen sich generell auf geschlossene Wohnquartiere beschränken; Durchgangsstraßen und Wohnsammelstraßen dürfen dabei nicht einbezogen werden. (vgl. Ziffer 2. 'Motorisierter Individualverkehr'). Außerdem muß gewährleistet sein, daß die Anwohner bei diesen Maßnahmen mitwirken können.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Bei Straßenunterhaltungsmaßnahmen sollte geprüft werden, inwieweit der Straßenausbauquerschnitt von der Leistungsfähigkeit und den Verkehrsvorschriften her gesehen erforderlich und in welchem Umfang eine Durchgrünung der Straßenränder möglich ist.
- Bei den Ausbau-, den Unterhaltungs- und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen muß der ursprünglichen Charakter einer Straße vorrangig berücksichtigt werden.

# BAU

## Wohnungsbau

**"Die Wiederherstellung eines eigenständigen Bauressorts ist Grundvoraussetzung für die Bekämpfung der Defizite im Wohnungsbau."**

Durch Zuwanderung, veränderte Haushaltsgrößen und den Wunsch nach mehr Wohnraum ist der Bedarf gestiegen. Dieser gewachsenen Nachfrage wurde nicht rechtzeitig durch verbesserte Rahmenbedingungen für den Wohnungsneubau Rechnung getragen. Die Folge: Der Wohnungsbau in Bremen kommt nur schleppend voran.

Es sind folgende Fehler und Versäumnisse festzustellen:

1. Die 1987 eingeführte Trennung der Zuständigkeit für die Bauleitplanung (Flächennutzungsplan bei Umweltsenator, Planungsamt beim Bausenator) hat sich verhängnisvoll ausgewirkt. Diese chaotische Ressortzuordnung hat wesentlich zur schleppenden Bearbeitung der Bebauungspläne beigetragen.
2. Der Flächennutzungsplan von 1983 genügt nicht mehr, wie die Ergebnisse der Volkszählung zeigen, den heutigen Anforderungen und muß daher dringend überarbeitet werden.
3. Für viele der im Flächennutzungsplan von 1983 als Wohnungsbauflächen ausgewiesene Areale liegen überholte Bebauungspläne vor, die der beabsichtigten Wohnnutzung entgegenstehen.

In der Wohnungsbaupolitik ist ein konsequenter Kurswechsel notwendig, um die in den vergangenen Jahren entstandenen Defizite zu bekämpfen.

Folgende Faktoren sollten Grundlage zukünftiger Planungen sein:

Die Ergänzung bestehender Siedlungsgebiete durch eine Vielzahl kleinerer Neubaugebiete muß Vorrang vor der Planung neuer Großsiedlungen auf grüner Wiese haben. Neben der Rücksichtnahme auf die knapper werdenden größeren Grünflächenbereiche sprechen auch finanzpolitische Gründe gegen neue Großsiedlungen: die gesamte Infrastruktur (Straßen, Kanalnetz, Schulen, Kindergärten usw.) müßte

neu geschaffen werden. Um flächen- und kostensparendes Bauen zu ermöglichen, ist eine größere bauliche Verdichtung vorzusehen. Bremische Bautradition beweist, daß auch bei konsequenter Ausnutzung von Grundstücken hohe Wohnqualität geschaffen werden kann.

Der Bund hat außerdem durch Änderung der Baunutzungsverordnung die Schaffung zusätzlicher Wohnungen durch Ausbaumaßnahmen im Bestand (z.B. Dachgeschoßausbau) erleichtert. Um dies umzusetzen, sind kommunale Rechtsvorschriften wie z.B. das Ortsgesetz für die Ablösungsbeiträge zusätzlicher Kfz-Einstellplätze zu ändern. Die Höhe der gegenwärtigen Ablösebeiträge macht viele Ausbaumaßnahmen unrentabel.

Im Lande Bremen verfügt die Bundeswehr zur Zeit noch über große Grundstücke und einen beachtlichen Gebäudebestand. Bremen sollte dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und offensiv entsprechende Wünsche in Bonn vortragen. Gerade ein Stadtstaat mit begrenzten Flächenreserven muß diese Chance, die sich aus der Abrüstung ergibt, konsequent nutzen. Soweit bauliche Veränderungen ohne größeren Aufwand möglich sind, sollte die Nutzung leerstehender Kasernengebäude als Studentenwohnheime in Erwägung gezogen werden. Auch bei Nutzung aller Baulücken verbleibt ein erheblicher Bedarf, der die Ausweisung zusätzlicher Bauflächen erforderlich macht.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Wiederherstellung eines eigenständigen und damit leistungsfähigen Baurechts, in dem die Aufgabengebiete Flächennutzungsplanung und Bauleitplanung in einer Hand liegen.
- Auflösung der Abteilung "Flächennutzungsplanung" beim Umweltsektor; die dort neu geschaffenen Stellen sind dem Planungsamt zuzuweisen.
- Überarbeitung des Flächennutzungsplanes von 1983, um den gestiegenen Bedarf an Wohnraum zu befriedigen: Für alle im Flächennutzungsplan 1983 ausgewiesenen Wohnungsbauflächen (Kapazität von etwa 10.000 Wohneinheiten) sind unverzüglich Bebauungspläne zu erarbeiten.
- Größere bauliche Verdichtung für flächen- und kostensparendes Bauen.

Für den mittelfristig notwendigen Bedarf sind eine Vielzahl von kleinen Neubaugebieten zur Arrondierung bestehender Stadtteile auszuweisen, für die unter anderem folgende Gebiete geeignet sind:

- Bereich zwischen Osterholzer Heerstraße und Osterholzer Dorfstraße,
- Bereich Konrad-Adenauer-Allee,
- Teilflächen von "Bömers Park" in Bremen Nord,
- Planungsgebiet der ehemaligen "Horner Spange",
- Findorff-Weidedamm.

> Für Bremerhaven: vgl. F.D.P.- Kommunalprogramm Bremerhaven

### Stadtbildpflege

**"Die Erhaltung unseres bauhistorischen Erbes muß vorrangiges Ziel der Stadtbildpflege sein."**

Trotz Kriegsschäden und teilweise bedenkenlosem Umgang mit alten Gebäuden bis zur jüngsten Vergangenheit (z.B. Abriß der Senats-Gästevilla) verfügt Bremen über einen großen Bestand an schützenswerter Bausubstanz (vgl. Kapitel 'Denkmalpflege').

Der Erhalt und die Pflege dieses bauhistorischen Erbes sowie die Korrektur städtebaulicher Fehlentwicklungen der Nachkriegszeit müssen vorrangiges Ziel der Stadtbildpflege sein. An diesen Maßnahmen sollten verstärkt freie Architekten beteiligt werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Sensiblen und verantwortungsvollen Umgang mit historischer und stadtbildprägender Bausubstanz.
- Öffnung der Stadt zum Weserufer, um die Weser in das Stadtbild zu integrieren und den maritimen Charakter Bremens zu verstärken.
- Städtebauliche Planung des Bahnhofvorplatzes und der Bahnhofstraße unter Einbeziehung des Übersee-Museums und des Gebäudes der Staatsbibliothek.
- Neugestaltung und Integration des Provisoriums "Nordausgang Hauptbahnhof" in ein gestalterisches Gesamtkonzept der Bürgerweide.

- Bessere Verbindung zwischen Schnoorviertel und Marktplatz / Böttcherstraße auf der Grundlage eines entsprechenden Architektenwettbewerbes.

## UMWELTSCHUTZ

**"Umweltschutz ist auch die Aufgabe jedes einzelnen Bürgers."**

Ziel liberaler Umweltpolitik ist die Zusammenführung wirtschafts- und umweltpolitischer Ziele im Sinne einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft.

Wirtschaft und Umwelt müssen keine Gegensätze sein. Die Bereitschaft der Politiker, aber auch der Unternehmensleitungen und -mitarbeiter, umweltschützende Maßnahmen zu ergreifen, ist gewachsen und zeigt Erfolge, wie an der Verbesserung der Luft-, Boden- und Wasserqualität ersichtlich ist. Schließlich brauchen wir beides: eine gesunde Umwelt und eine pulsierende Wirtschaft.

Umweltschutz, wie ihn Liberale verstehen, ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern jedes einzelnen Bürgers.

Der Umweltschutz zu Hause, am Arbeitsplatz, in der Freizeit und in der Natur muß zur Selbstverständlichkeit werden. Die Akzeptanz von Umweltschutzmaßnahmen muß durch besondere bürgernahe Aufklärung und Berücksichtigung von berechtigten Bürgerwünschen gefördert werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Verstärkung der Umwelterziehung in Elternhaus, Schule und Hochschule.
- Verstärkten Einsatz ökonomischer Instrumente, um Anreize für umweltfreundlicheres Verhalten zu schaffen und Umweltziele mit geringeren Kosten zu erreichen. Notwendig bleibt dabei allerdings die Aufstellung von ökologischen Bilanzen (Energiebilanz, Schadstoffbilanz u.a.).

- Die Umweltverträglichkeitsprüfungen sind sachorientiert und effizient durchzuführen.

## Natur- und Landschaftsschutz

**"Landschaften und Biotope müssen bewahrt werden."**

Die langfristige Sicherung von Biotopen und Landschaften vor zerstörerischen Einflüssen ist Aufgabe bremischer Umweltpolitik. Die F.D.P. in Bremen begrüßt daher Bestrebungen, die dem Schutz der Natur und der Landschaft vor Eingriffen gelten. Gleichwohl setzt die Struktur des Landes Bremen als Stadtstaat der Ausweisung von Naturschutzgebieten Grenzen.

Pflege und Unterhaltung von städtischem Grün müssen gewährleistet sein. Hierfür sollen private Initiativen gefördert werden, denn der Staat allein kann dies nicht leisten.

Die F.D.P. spricht sich für den naturnahen Ausbau bzw. den Rückbau von Gewässern aus. Für Landwirte müssen Anreize geschaffen werden, sich freiwillig an Naturschutzmaßnahmen zu beteiligen (Wiesenvogel-Schutzprogramm).

Das bestehende Programm zur Verbesserung des Wohnumfeldes durch die Anpflanzung von Bäumen muß weitergeführt werden.

## Gewässerschutz

**"Das Land Bremen trägt eine besondere Verantwortung für die Reinhaltung der Weser."**

Bremen und Bremerhaven als größte Einleiter von Abwässern in die Weser tragen besondere Verantwortung für die Reinhaltung des Flus-

ses. Darum ist der Bau von Nährstoff-Eliminations-Stufen für die Kläranlagen Seehausen, Farge sowie für die ZKA Bremerhaven schleunigst zu beginnen.

Bremen und Bremerhaven tragen die Folgen der Verschmutzung der Weser durch Einleitungen an Ober- und Mittelweser. Alle Anrainer müssen einen Beitrag zur Reinhaltung des Flusses leisten.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Weiterführung des Kanalbauprogramms in Bremen und Bremerhaven sowie Sanierung schadhafter Kanäle, um das Eindringen ungeklärter Abwässer in das Grundwasser zu verhindern.
- Beschränkung bei der Düngung landwirtschaftlicher Nutzflächen auf ein Mindestmaß, um eine weitere Nährstoffanreicherung abzuwenden.
- Um die Grundwasserneubildung zu begünstigen, ist bei der Bebauung von Flächen stärker darauf zu achten, daß das Regenwasser besser versickern kann. Soweit möglich, sollten auch versiegelte Flächen zurückgebaut werden.

### Abfallwirtschaft

**"Grundlage bremischer Abfallwirtschaft müssen die Gebote der Vermeidung, Verringerung und Verwertung sein."**

Die Abfallwirtschaft im Lande Bremen bedarf zuverlässiger und eindeutiger Zielvorgaben. Die bisherige Senatspolitik genügt diesen Anforderungen nicht.

Grundlage der Abfallwirtschaft müssen die Gebote der **Vermeidung, Verringerung** und **Verwertung** sein. Die von der Bundesregierung vorgelegte und vom Bundesrat verabschiedete Verpackungsverordnung ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Die Rückführung von Wertstoffen aus dem Hausmüll und aus dem hausmüllähnlichen Gewerbeabfall sollte soweit betrieben werden, wie es ökologisch sinnvoll und ökonomisch angemessen ist. Einfache und

mit geringen Kosten verbundene Getrenntsammlensysteme sind zu bevorzugen.

Die Kompostierung der organischen Bestandteile des Hausmülls sollte soweit durchgeführt werden, wie Hygiene und Umweltverträglichkeit sichergestellt sind. Die allgemeine Einführung einer Biotonne zur getrennten Erfassung kompostierbarer Haushaltsabfälle kann nur in Betracht kommen, wenn die Erfahrungen aus den laufenden Modellprojekten dies hinsichtlich der Kosten und der Akzeptanz bei der Bevölkerung rechtfertigen.

Bauschutt und Straßenaufbruch müssen verstärkt in den Rohstoffkreislauf zurückgeführt werden.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß es auch bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Vermeidung, Verringerung und Verwertung eine verbleibende Müllmenge geben wird. Dieser Restmüll darf nicht deponiert werden, denn Mülldeponien sind ökologische Zeitbomben. Restmüll muß nach dem neuesten Stand der Technik verbrannt ("thermisch verwertet") werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Den unverzüglichen Beginn der Planungen für einen Neubau der Müllverbrennungsanlage in Bremen nach dem neuesten Stand der Technik.
- Erstellung eines einheitlichen Entsorgungskonzeptes für Nordwestdeutschland. Das Land Bremen bringt dafür die Müllverbrennungsanlage in Bremen und die Müllbeseitigungsanlage in Bremerhaven ein.
- Nachvollziehbare und übersichtliche Kostenrechnungen für sämtliche abfalltechnischen Planungen und Maßnahmen. In die Gesamtkosten sind sämtliche Sammel-, Transport- und Behandlungskosten sowie die Kosten für die Beseitigung des Restmülls einzubeziehen.



## Altablagerungen und Altlasten

**"Die Untersuchung von Altablagerungen muß gesichert werden."**

Die Untersuchung von Altablagerungen muß auch weiterhin mit den erforderlichen Personal- und Sachmitteln ausgestattet werden.

Die als Altlasten erkannten Altablagerungen sind nach folgender Priorität zu sanieren:

1. Altlasten mit unmittelbarer Gefährdung für den Menschen (z.B. Kinderspielplätze).
2. Altlasten mit unmittelbarer Gefährdung des Grundwassers bei Trinkwasser-Einzugsgebieten.
3. Altlasten auf erschlossenen Gewerbeflächen, die dadurch für neue Gewerbeansiedlung freiwerden und
4. sonstige Altlasten im Lande Bremen.

## Energie

**"In der Energiepolitik darf es keine bremischen Sonderwege geben, sondern nur Lösungen im überregionalen und europäischen Verbund."**

Die F.D.P. erteilt allen Versuchen, in der Energiepolitik bremische Sonderwege zu gehen, eine klare Absage. Im Zuge des europäischen Binnenmarktes werden energiepolitische Entscheidungen auf die EG-Ebene verlagert. Die Sicherung der Existenz des Landes Bremen in der Zukunft hängt wesentlich davon ab, daß in unserer Region die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg verstärkt wird. Ideologisch motivierte Alleingänge würden nur die Insellage unseres Bundeslandes verstärken und die Wettbewerbsfähigkeit schwächen.

Der Gebührenzahler hat einen Anspruch auf Information über Gewinne und Verluste bei der Energieerzeugung. Dauersubventionen unwirt-

schaftlicher Energieerzeugung und -lieferung durch die Gebührenzahler sind auszuschließen (Gaskunden finanzieren z.B. die Verluste bei der Fernwärme), es sei denn, es ließen sich ökologische Verbesserungen sowie langfristig eine Optimierung der Energiestruktur erzielen.

Der Einsatz umweltfreundlicher Energien in privatem und gewerblichem Bereich sollte durch wirtschaftliche Anreize (günstige Energievergütung für Strom, steuerliche Vorteile und anderes mehr) verstärkt werden.

Die rechtlichen Vorgaben für verstärkte Energieeinsparungen werden durch die Novellierung einiger Bundesgesetze wie der Wärmeschutz- bzw. der Heizungsanlagenverordnung weiter verbessert werden. Bremen braucht daher kein eigenes Energiegesetz, sondern die praktische Umsetzung bereits gegebener Möglichkeiten zur Energieeinsparung.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- vollständige Nutzung der bei Klöckner anfallenden Sekundärenergie (Gichtgas) zur Verstromung;
- den unverzüglichen Bau eines neuen Weserkraftwerkes;
- den verstärkten Bau von Blockheizkraftwerken zur Wärmeversorgung von Haushalt und Gewerbe;
- Nutzung der Abwärme der Müllverbrennungsanlage zur Heizung der Universität sowie der umliegenden Gewerbeareale;
- Ausbau der Zusammenarbeit der Stadtwerke mit anderen Energieversorgungsunternehmen (z.B. ÜNH);
- soweit finanziell vertretbar muß auch das Land Bremen dazu beitragen, die Forschungs- und Entwicklungsdefizite beim Einsatz erneuerbarer Energien abzubauen.

## SOZIALES

**" Liberale Sozialpolitik sichert ein Leben in größtmöglicher Freiheit und Würde."**

Im Mittelpunkt liberaler Sozialpolitik steht das Ziel, dem einzelnen ein Leben in größtmöglicher Freiheit und Würde zu gewährleisten.

Individuelle Entscheidungsfreiheit entbindet dabei nicht von eigenverantwortlicher Vorsorge. Staat und Gesellschaft müssen das eigenverantwortliche Handeln des einzelnen sicherstellen, den Willen zur finanziellen Eigenständigkeit fördern. Dies darf jedoch nicht zu einer Abhängigkeit von staatlichen Dienstleistungen führen. Hilfe zur Selbsthilfe ist geboten.

Die soziale Absicherung der Menschen darf nicht zum Monopol des Staates werden. Privatinitiativen und das Engagement von Wohlfahrtsorganisationen verdienen Unterstützung. Staat und Gesellschaft müssen jedoch die Existenz derjenigen sichern, die selbst dazu nicht in der Lage sind.

### Soziale Dienstleistungen

**" Unentgeltliche Leistungen von Privatpersonen muß der Staat unterstützend begleiten."**

Der Staat soll nur dort tätig werden, wo soziale Aufgaben nicht schon von privaten oder gemeinnützigen Organisationen wahrgenommen werden. Dort wo Privatpersonen durch Selbsthilfe und unbezahlte Leistungen sozial nützliche Tätigkeiten verrichten, muß dies durch unterstützende Maßnahmen begleitet werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Anrechnung von Pflegezeiten auf die Rente analog zu den Kindererziehungszeiten.

## Menschen mit Behinderungen

**" Behinderte Menschen sollen ein weitgehend selbständiges Leben führen."**

Behinderte Menschen verdienen den besonderen Schutz und die Förderung durch die Gemeinschaft, damit sie trotz ihrer Behinderung ein weitgehend selbständiges Leben in unserer Gesellschaft führen können. Sie haben Anspruch auf Erziehung und Bildung, Ausbildung, Arbeit und Integration in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Ihnen muß die Möglichkeit gegeben sein, ihren Wünschen entsprechend entweder in der Familie mit den Angehörigen oder auch in anderen Wohnformen leben zu können.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Ausbau und Flexibilisierung ambulanter Dienste. Die Hilfen müssen auch zeitlich auf die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmt werden.
- Verbesserte ambulante Betreuung und finanzielle Hilfen für behindertengerechte bauliche Maßnahmen.
- Förderung von Vereinen und Selbsthilfegruppen, die das Ziel haben, neue Formen des Wohnens außerhalb von Heimen und anderen Sondereinrichtungen für Behinderte zu schaffen.
- Unterstützung der Wirtschaft bei der Ausbildung und Beschäftigung Behinderter durch Kooperation zwischen Wirtschaftsverbänden, Kammern und der Universität (Fachbereiche Behindertenpädagogik und Arbeitslehre).

### Kinder und Jugendliche

**" Die Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche müssen verbessert werden."**

Kinder und Jugendliche sind als Teil unserer Gesellschaft von all ihren

Problemen betroffen. Daher kann es keine isolierte Kinder- und Jugendpolitik geben. Politik für Kinder und Jugendliche steht vielmehr in enger Beziehung zu allen anderen Feldern der Politik. Gleichwohl ist es die Aufgabe von Sozialpolitik, die speziellen Belange junger Menschen zu berücksichtigen.

Die Art und Weise, wie die Gesellschaft mit ihren Kindern und Jugendlichen umgeht, bestimmt den Charakter der zukünftigen Gesellschaft mit. Junge Menschen müssen die Chance erhalten, sich zu selbständigen, verantwortungsbewußten Menschen zu entwickeln.

Dies zu gewährleisten ist in erster Linie eine Aufgabe der Erziehungsberechtigten und Institutionen wie Kindertagesstätten und Schulen, denen junge Menschen anvertraut sind.

Entwicklungschancen für Heranwachsende müssen durch Förderung von Eigeninitiative und Selbstverantwortung verbessert werden. Dazu gehört auch ein Angebot an Hilfen für diejenigen, die aufgrund von Behinderungen oder sonstigen Belastungen in ihrer Entwicklung gefährdet sind.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bei angemessener Kostenbeteiligung der Eltern (vgl. Kapitel 'Frauen');
- bedarfsgerechte Ausweitung bestehender Kindertagesstätten durch zusätzliche Gruppen;
- Unterstützung von Initiativen freier Träger und privater Gruppen sowie von Betriebskindergärten. Eltern/Kind-Gruppen müssen eine vergleichbare finanzielle Ausstattung erhalten wie Gruppen im Bereich freier Träger;
- Förderung der Integration von behinderten Kindern in Kindergärten;
- finanzielle Unterstützung von Krabbelgruppen für Kleinkinder als Eltern-Selbsthilfegruppen;
- Unterstützung freier Träger, die sich um Übernahme staatlicher Jugendfreizeitheimen bemühen. Dies trägt zur Vielfalt des Angebotes bei und wird in der Regel die Kosten senken;
- Einrichtungen der Jugendbildung müssen sich verstärkt der Aufgabe widmen, jugendlichem Aussteigertum entgegenzuwirken, Ausländer-

feindlichkeit abzubauen und sich dem aufkeimenden Neonazismus entgegenzustellen. In diesen Bemühungen müssen sie von Schule und Elternhaus unterstützt werden;

- Jugendliche müssen alle Möglichkeiten zur wirksamen Mitgestaltung ihres Lebensumfeldes erhalten.

### Gewalt gegen Kinder

**"Gewalt gegen Jungen und Mädchen ist ein gesellschaftlicher Skandal, der rigoros bekämpft werden muß."**

Jungen und Mädchen müssen vor körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt geschützt werden. Gerade der sexuelle Mißbrauch ist immer noch ein gesellschaftliches Tabu.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Fortbildungsveranstaltungen über die Problematik des sexuellen Mißbrauches von Kindern für Kindergärtnerinnen, Lehrer, Mitarbeiter von städtischen Erziehungsberatungsstellen, Richter und Staatsanwälte.
- Aufbau eines funktionierenden Notruf- und Beratungsangebotes.
- Therapeutisch begleitete Unterbringungsmöglichkeiten für betroffene Jungen und Mädchen.

## Frauen

**"Männer und Frauen  
sind gleichberechtigt."  
(Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2)**

Die im Grundgesetz geforderte Gleichstellung von Mann und Frau ist in entscheidenden Bereichen des Lebens noch immer nicht verwirklicht. Liberale Gleichstellungspolitik will ohne starre Quotenvorschriften und Regelungen Bedingungen schaffen, unter denen Männer und Frauen gleiche Chancen erhalten. Die F.D.P. will erreichen, daß Frauen im öffentlichen Leben eine größere Rolle spielen.

Frauenförderpläne sind ein angemessenes Instrument zum Abbau von Hemmnissen bei der Einstellung von Frauen; sie sind deshalb im Grundsatz zu begrüßen. Ein Gleichstellungsgesetz für den bremischen öffentlichen Dienst lehnt die F.D.P. hingegen ab. Die geltenden Förderrichtlinien sind ausreichend.

Eine durchgängige Berufstätigkeit ist für viele Frauen Bestandteil der Lebensplanung. Sie möchten Familie und Beruf miteinander verbinden können. Damit die Forderung nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Wirklichkeit werden kann, muß sich noch vieles ändern.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Vermittlung von Werten in Familie und Schule, die ein partnerschaftliches und gleichberechtigtes Zusammenleben ermöglichen;
- flexible Arbeitsverhältnisse sowie Arbeitszeitabsprachen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Job-sharing, Teilzeitarbeit für Männer und für Frauen. Flexible Arbeitsbedingungen dürfen Weiterbildung und berufliche Beförderungen nicht ausschließen;
- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bei angemessener Kostenbeteiligung der Eltern (vgl. Kapitel 'Kinder und Jugendliche');
- erweiterte Kindergarten- und Betriebskindergarten-Öffnungszeiten;
- flexible Öffnungszeiten von Läden, Ämtern und Behörden und

anderen Dienstleistungseinrichtungen zur Erleichterung der Berufstätigkeit bzw. des beruflichen Wiedereinstiegs.

Nach liberalem Verständnis umfaßt Frauenpolitik alle Politikbereiche unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen. Deshalb finden sich Vorschläge zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frau im gesamten Wahlprogramm.

## Senioren

**"Unsere Senioren sollen so lange  
wie möglich ihre Erfahrungen und  
Leistungsfähigkeit einbringen."**

Jede Generation hat Anspruch auf eine humane und freiheitliche Lebensgestaltung. Ziel unserer Politik ist es sicherzustellen, daß auch ältere Mitbürger ein selbstbestimmtes Leben in materieller Sicherheit und Freiheit führen können. Das Alter darf nicht in Passivität und Isolation führen. Ältere Menschen müssen entsprechend ihrer Erfahrung, Leistungsfähigkeit und Bereitschaft voll in das gesellschaftliche Leben einbezogen werden.

Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen müssen vermehrt den Interessen und Bedürfnissen sowie den finanziellen Möglichkeiten älterer Menschen Rechnung tragen.

So lange wie möglich soll der Mensch selbst bestimmen können, wie und wo er seinen Lebensabend verbringen will. Trotzdem wird für schwere Pflegefälle, die nicht mehr zu Hause versorgt werden können, ein Aufenthalt in einem Pflegeheim notwendig sein. Jeder in einer Einrichtung untergebrachte Mensch muß Anspruch auf den Beistand eines anderen Menschen außerhalb der Einrichtung haben. Er soll diesen Beistand frei wählen dürfen.

Die F.D.P. wird darauf achten, daß der Staat seiner Kontrollpflicht über alle Einrichtungen für behinderte Senioren gerecht wird.

Das liberale Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe ist auch deshalb geboten, weil es nicht zwangsläufig an den finanziellen Möglichkeiten scheitern muß.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Der Bau von Altenwohnungen bzw. der altengerechte Umbau bestehenden Wohnraums ist für alle Stadtteile bei der Bauleitplanung verstärkt zu berücksichtigen.
- Schutz des Wohnrechts älterer Mitbürger bei Stadtsanierung und Freigabe sozial geförderten Wohnraums.
- Förderung von Selbsthilfe- und Dienstleistungsgruppen.
- Erweitertes und verbessertes Angebot an wohnungsnahen Kurzzeitpflegeplätzen, insbesondere an Tagesheimen für Gerontologie.
- Verbesserte Koordinierung zwischen Krankenhäusern und sozialen Diensten, insbesondere als begleitende Maßnahme nach Krankenhausentlassungen.
- Ein vielfältiges Angebot an Pflegeheimen.
- Den Seniorenvertretungen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven muß innerhalb der staatlichen und städtischen Institutionen eine klare Rechtsstellung eingeräumt werden.

### **Pflege-Risiko-Absicherung**

**"Eine Pflegeversicherung muß die Eigenvorsorge für die Risiken der Pflegebedürftigkeit stärken."**

Die Absicherung des Risikos einer Pflegebedürftigkeit im Alter ist vom Bundesgesetzgeber zu regeln.

Gleichwohl setzt sich die Bremer F.D.P. dafür ein, eine Pflegeversicherung nach folgenden Kriterien zu gestalten:

- Eine Pflegeversicherung muß darauf abzielen, die Eigenvorsorge der Bevölkerung für die finanziellen Risiken der Pflegebedürftigkeit zu stärken.

- Eine Regelung darf nicht dazu führen, daß das Entstehen der Generationen füreinander weiter ausgehöhlt wird und noch mehr alte Menschen in Heime abgeschoben werden.
- Eine gesetzliche Risikoversicherung darf keinen größeren Zwang zur Mitgliedschaft auslösen, als die gegenwärtigen sozialen Sicherungssysteme in den Renten- und Krankenversicherungen.
- Bei Einführung einer grundsätzlichen Versicherungspflicht muß dem einzelnen Bürger die Möglichkeit erhalten bleiben, durch den Nachweis einer vergleichbaren Absicherung freigestellt zu werden.
- Die Versicherung darf nicht bei einer Monopolanstalt erfolgen, und sie soll nach dem Kapitaldeckungsverfahren arbeiten. Dem Bürger muß eine freie Wahl zwischen den Versicherungsformen ähnlich wie bei der Krankenversicherung bleiben.
- Für die jetzige ältere Generation muß eine Übergangsregelung gefunden werden dergestalt, daß der Bund die Anschubfinanzierung sicherstellt.

**Gesundheit**

**"Um die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens zu stärken, müssen die Pflegeberufe attraktiver werden."**

Die veränderte Altersstruktur, die Belastungen und Gefahren durch die Umwelt, das Anwachsen der Sucht- und Infektionskrankheiten stellen große Herausforderungen dar. Das anerkannt hohe Leistungsniveau soll erhalten bleiben, gleichzeitig müssen Patienten wie Beitragszahler vor finanzieller Überforderung bewahrt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, sich in einigen Bereichen des Gesundheitswesens neu zu orientieren. Eine Ausweitung der ambulanten Versorgung in stationären Einrichtungen lehnt die F.D.P. ab.

Die Privatisierung der Kliniken muß konsequent vorangetrieben werden: Das Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße ist umzuwandeln in zahlreiche kleine Kliniken, die Bereiche wie Bettenzentrale und Küche gemeinsam bewirtschaften, jedoch eine eigenständige Personalplanung durch-

führen und die Pflegesätze selbst festlegen.

Um die personelle Situation an den Krankenhäusern zu verbessern, sind gezielte Anstrengungen zur Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe notwendig.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Sicherstellung der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Versorgung vorrangig durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte in freier und unabhängiger Berufsausübung.
- Berechnung echter Leistungsentgelte, die nach Behandlungs-, Pflege- und Hotelkosten getrennt aufgeschlüsselt und berechnet werden.
- Verbesserte Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Pflegekräfte.
- Erhöhte Attraktivität des Pflegeberufs durch folgende Maßnahmen:
  - Verbesserte Vergütung.
  - Gewährleistung der Kinderbetreuung.
  - Unterstützung bei der Wohnungsbeschaffung.
  - Entlastung von pflegefremden Tätigkeiten.
  - Einführung flexiblerer Arbeitszeiten.
  - Arbeitsfreundlichere Organisationsformen.
- Sterbehilfe und Sterbebegleitung müssen öffentlich diskutiert werden. Die Einrichtung eines sogenannten Sterbehospizes ist zu fördern.

### Sport

**"Sportvereine sind für die Gesunderhaltung und das soziale Miteinander unverzichtbar."**

Die F.D.P. mißt dem Sport eine hohe gesellschaftliche Bedeutung bei. Zu erwähnen ist insbesondere die große pädagogische und soziale Bedeutung der Jugendarbeit in den Sportvereinen sowie die wichtige

Funktion des Sports im Hinblick auf Gesundheit, Wohlbefinden und das soziale Miteinander der Bevölkerung.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Weitere Erhöhung der Zuschüsse für die Beschäftigung von Übungsleitern.
- Fortführung des Sanierungsprogramms für Sportanlagen.
- Erhöhung der Zuschüsse an die Vereine für den Bau eigener Turn- und Sporthallen.
- Förderung des Leistungssports.

### Aids

**"Prävention, Beratung und ambulante Versorgung müssen dauerhaft gewährleistet sein."**

Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der an Aids erkrankten und HIV-positiven Menschen nicht rückläufig ist, sondern weiter zunimmt, muß dafür Sorge getragen werden, daß Prävention, Beratung und ambulante Versorgung gewährleistet bleiben. Dabei sind an den richtigen Stellen Schwerpunkte zu setzen (vgl. Kapitel 'Strafvollzug').

Zwangsuntersuchungen, auch für Bewerber des öffentlichen Dienstes, lehnt die F.D.P. ab.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Zielgruppenorientierte Aufklärung und Prävention (unter anderem Abgabe und Rücknahme von Einmalspritzen von Drogenkonsumenten).
- Gezielte Aufklärung und Gesundheitserziehung in den Schulen.
- Sicherstellung des Beratungsangebotes für Betroffene und deren

Angehörige.

- Förderung von Selbsthilfegruppen und Einrichtungen, die das soziale Umfeld erhalten helfen.
- Gewährleistung ambulanter Pflege für an Aids Erkrankte.
- Dauerhaft gesicherte Finanzierungsgrundlage für Prävention, Beratung und ambulante Versorgung.

**INNERES**

**Innere Sicherheit**

**"Der liberale Rechtsstaat muß die Sicherheit seiner Bürger garantieren."**

Für uns Liberale steht die größtmögliche Freiheit des einzelnen an erster Stelle. Sie findet ihre Begrenzung grundsätzlich nur in der Freiheit des anderen. Jede Verstärkung der Eingriffsmöglichkeiten des Staates führt tendenziell zu einer Einschränkung der Freiheit des Bürgers. Aber: Ohne Innere Sicherheit ist Freiheit nicht denkbar.

Angesichts steigender Deliktziffern und niedriger Aufklärungsquoten und unter dem Eindruck immer dreister werdender Formen der Kriminalität mangels Verfolgungs- und Verurteilungsrisiko fühlen sich unsere Bürger immer weniger sicher (vgl. Kapitel JUSTIZ).

Die F.D.P. will einen Staat, der für die Einhaltung von Rechtsnormen Sorge trägt. Das Gewaltmonopol des Staates ist deshalb unverzichtbar; es schützt insbesondere die Schwachen. Die F.D.P. will mit einer liberalen Innen- und Rechtspolitik die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben aller Bürger einschließlich unserer ausländischen Mitbürger schaffen. Gesellschaftliche Konflikte dürfen nur gewaltlos und strikt rechtsstaatlich ausgetragen werden.

Neue Formen der Kriminalität wie Umweltkriminalität, illegale Waffenexporte, Drogenkriminalität und Wirtschaftskriminalität bedingen auch

neue Methoden der Verbrechensbekämpfung.

Gewaltdemonstrationen und Krawallen, wie sie in Bremen in den letzten Jahren immer wieder vorgekommen sind, ist entschiedener als bisher entgegenzutreten. Durch Zusammenarbeit mit den Veranstaltern von Demonstrationen müssen friedliche Demonstranten in der Ausübung ihres Grundrechtes geschützt werden; gewalttätige Personen müssen isoliert und zur Rechenschaft gezogen werden. Es kann nicht hingenommen werden, daß Polizeibeamte und unbeteiligte Bürger unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechtes Opfer von gewalttätigen Auseinandersetzungen werden.

Die Polizei braucht bei ihrer schwierigen Aufgabe klare politische Entscheidungen und Unterstützung. Dazu fehlen Senat und SPD der Mut. Die Folgen sind Verdrossenheit und Resignation bei der Polizei.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Aufhebung des Stellenstopps bei der Polizei;
- verbesserte materielle Ausstattung der Polizei;
- vorbeugende und wirksamere Verbrechensbekämpfung durch eine Verbesserung des polizeilichen Fahndungs- und Streifendienstes;
- Einrichtung eines Drogenkommissariats in Bremerhaven.

**Asylbewerber**

**"Der Mißbrauch des Asylrechtes muß gestoppt werden."**

Bremen ist durch die Politik der vergangenen Jahre zu einer bevorzugten Anlaufadresse für Asylbewerber geworden und deshalb mittlerweile an die Grenzen seiner Aufnahmemöglichkeiten und der Bevölkerungsakzeptanz gestoßen.

Bremen kann nur dann weltoffen und ausländerfreundlich bleiben, wenn dem Mißbrauch des Asylrechtes vorgebeugt wird.

Eine Änderung des Grundrechtes auf politisches Asyl (Artikel 16 GG) lehnt die Bremer F.D.P. ab, weil der Mißbrauch dadurch nicht beseitigt werden kann. Angesichts der Entwicklung zu offenen Grenzen in Europa kommt eine isolierte deutsche Lösung, die Asylbewerber schon an der Grenze abweisen soll, nicht in Betracht. Sie würde nicht greifen, weil die meisten Bewerber über Schlepperorganisationen und ähnliche Kanäle kommen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- schnellere Abwicklung von Asylverfahren;
- konsequente Ausweisung bzw. Abschiebung von Asylbewerbern, deren Antrag bestands- bzw. rechtskräftig abgelehnt worden ist;
- Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften mit Gemeinschaftsverpflegung; ein angemessener Betreuungsschlüssel ist zu garantieren;
- die Gewährung von Sachleistungen muß Vorrang vor der Gewährung von Geldleistungen haben;
- Vorkehrungen gegen das Tätigwerden von Schlepperorganisationen.

## Drogen

**" Liberale Drogenpolitik bekämpft den illegalen Drogenhandel und kümmert sich um die Betreuung Drogenkranker. "**

Den Drogensüchtigen muß geholfen werden, von der Droge loszukommen. Dazu gehört auch der Einsatz von Methadon. Therapie muß vor Strafe gehen. Den professionellen Dealern jedoch muß mit aller Härte, die der Rechtsstaat erlaubt, begegnet werden. Ausländische Dealer sind entsprechend den gesetzlichen Möglichkeiten unverzüglich auszuweisen bzw. abzuschicken (vgl. Kapitel 'Innere Sicherheit', 'Asylbewerber' und 'Strafvollzug').

Die Unterbringung von Drogensüchtigen ist eine zentrale Frage. Die F.D.P. tritt dafür ein, daß kein Stadtteil einseitig belastet wird.

Drogensüchtige dürfen auch nicht massiert untergebracht werden. Schwer verletzte dürfen nicht mit entgifteten, therapiebereiten oder substituierten Drogenabhängigen zusammengelegt werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- weiteren Ausbau der klinischen Entgiftungsmöglichkeiten im Krankenhaus Sebaldsbrück, um unnötige Wartezeiten aususchalten;
- verstärkten Auf- und Ausbau nachsorgerischer Therapieeinrichtungen mit einem vielschichtigen Angebot für Kurz- und Langzeittherapien;
- differenzierte Unterbringung nach Therapiemöglichkeiten und -notwendigkeiten in kleinen und genau festgelegten Personengruppen;
- keine Unterbringung von Drogensüchtigen in der Nähe von Kindergärten, Spielplätzen und Schulen;
- Betreuung der Unterbringungsgruppen durch genügend Fachkräfte.

## Öffentlicher Dienst

**" Wir Bremer und Bremerhavener haben Anspruch auf einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst. "**

Der öffentliche Dienst mit über 40.000 Beschäftigten ist ein zentraler Kostenfaktor. Er muß aufgabenkritisch durchleuchtet werden. Die Bremer F.D.P. erteilt allen Versuchen, Arbeitsmarktpolitik über den öffentlichen Dienst zu betreiben, eine klare Absage (vgl. Kapitel ARBEITSMARKT).

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Überprüfung aller öffentlich-rechtlichen Aufgaben dahingehend, ob sie ganz oder teilweise entfallen, mit geringerem Mitteleinsatz oder durch private bzw. freie gemeinnützige Organisationen erfüllt



werden können (vgl. Kapitel FINANZEN und PRIVATISIERUNG).

- Anpassung des Standards öffentlich-rechtlicher Dienstleistungen an den Bundesdurchschnitt;
- Rationalisierung und Modernisierung des öffentlichen Dienstes durch den beschleunigten Einsatz moderner Bürotechnologien;
- Ausschöpfung der Fluktuationsrate zur Vermeidung von Entlassungen. Dies gilt nicht für die Hoheitsverwaltung (z.B. die Polizei), wo alle frei werdenden Stellen wieder zu besetzen sind.

### Bremisches Personalvertretungsgesetz

**"Mitbestimmung im öffentlichen Dienst darf sich nicht auf reine Besitzstandswahrung reduzieren."**

Die F.D.P. bekennt sich zur Mitwirkung und Mitbestimmung im öffentlichen Dienst.

Art und Umfang müssen jedoch

- den Besonderheiten der Aufgabenstellung des öffentlichen Dienstes zum Wohle der Allgemeinheit,
- der parlamentarischen Verantwortlichkeit des Senats als Arbeitgeber sowie
- den bereits schon vorhandenen Schutzrechten der öffentlich Bediensteten, wie z.B. Unkündbarkeit,

Rechnung tragen.

Mit seinen exzessiven Mitbestimmungsrechten verstößt das Bremische Personalvertretungsgesetz gegen diese Grundsätze. Es ist an vielen Stellen juristisch unklar und führt deshalb immer wieder zu Streitigkeiten zwischen Personalräten und Dienststellenleitungen.

Die Folge: Die bürokratischen Strukturen, die "In-sich-Beschäftigung" des öffentlichen Dienstes, die Konfliktscheu der Dienststellenleiter sowie

die Neigung zu faulen Kompromissen werden verstärkt. Notwendige Anpassungsprozesse des öffentlichen Dienstes unterbleiben bzw. kommen, wie z.B. die Ausstattung mit Personal-Computern, nur mit jahrelangen Verzögerungen und überhöhtem Kostenaufwand in Gang.

Die Behebung dieser Mißstände war Gegenstand des F.D.P.-Gesetzesentwurfes zur Änderung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Senats und der Dienststellenleiter;
- Anpassung der bremischen Mitbestimmung an die Regelungen anderer Bundesländer;
- Beseitigung von Gesetzesmängeln zur Vermeidung unnötiger Rechtsstreitigkeiten;
- Einführung eines neuen Wahlverfahrens bei Personalratswahlen mit der Möglichkeit eines Kumulierens und Panaschierens;
- Stärkung der Minderheitenrechte bei Wahlen;
- Vereinfachung der Entscheidungsabläufe bei der Beteiligung von Personalräten;
- Vereinfachung und Beschleunigung der Schlichtungs- und Einigungsverfahren;
- Kostenreduzierung.

### Beiräte

**"Mehr Rechte für die Beiräte bedeuten mehr Bürgernähe."**

Als Ansprechpartner und Diskussionsforum für Fragen, die die Bürger in ihrem Wohnumfeld betreffen, zeichnen sich die Ortsteil- und Stadtteil-

beiräte durch ein besonderes Maß an Bürgernähe aus. So findet die inhaltliche Diskussion über Bebauungspläne in der Regel nur in den Beiräten statt. Gerade in der Stadtentwicklungsplanung und bei baurechtlichen Problemen vermissen viele Bürger jedoch direkte Mitwirkungs- bzw. Entscheidungsmöglichkeiten. Daher hat sich die F.D.P. seit jeher für die Stärkung der Beiratskompetenzen sowie die Direktwahl zu den Beiräten eingesetzt, die auch für ausländische Mitbürger gelten sollte, die seit Jahren unter uns leben.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Stärkung der Beiratskompetenzen durch:
  - konsequente Anwendung des Beiratsgesetzes,
  - rechtzeitige Einbeziehung der Beiräte in Entscheidungsabläufe senatorischer Behörden,
  - Einhaltung der Verwaltungsverpflichtung, von Beiratsbeschlüssen abweichendes Handeln schriftlich zu begründen.
- Aktives Wahlrecht für ausländische Mitbürger, die seit mehreren Jahren ihren ersten Wohnsitz in der Stadtgemeinde Bremen haben.

## JUSTIZ

### "Fundament des liberalen Rechtsstaates ist eine unabhängige Justiz."

Die Unabhängigkeit der Justiz ist eine tragende Säule unseres liberalen Rechtsstaates. Die F.D.P. wird auch künftig darüber wachen, daß diese Unabhängigkeit nicht durch parteipolitische Einflußnahme ausgehöhlt wird, sondern daß Stellen im Justizbereich ausschließlich nach Eignung, Leistung und Befähigung vergeben werden.

Liberaler Rechtspolitik will die Grundlagen dafür schaffen, daß gesellschaftliche Konflikte friedlich gelöst werden können; dabei steht das Ziel der Rechtssicherheit des Bürgers im Vordergrund.

## Strafverfolgung

### "Wirksame Verbrechensbekämpfung setzt effektive Strafverfolgung voraus."

Zur wirksamen Bekämpfung der Kriminalität im Lande Bremen gehört eine wirksame Strafverfolgung (vgl. Kapitel 'Innere Sicherheit').

Die Strafverfolgungsbehörden müssen daher von allen Tätigkeiten entlastet werden, die sie an der Wahrnehmung ihrer tatsächlichen Aufgaben hindern. Dafür sind die personellen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen. Teilzeitbeschäftigten Richterinnen sind die gleichen Beförderungschancen zu ermöglichen wie Männern. Das gilt auch für Leitungspositionen wie den Vorsitz in Spruchkammern (vgl. Kapitel 'Frauen').

Darüber hinaus sind alle rechtsstaatlich unbedenklichen Möglichkeiten zur Beschleunigung von Strafverfahren zu nutzen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- personelle Verstärkung und verbesserte Büroaustattung der Strafverfolgungsbehörden;
- Verkürzung der Verfahrensdauer bei den Gerichten;
- Veränderung der Strafprozeßordnung, um die Verhaftung von Drogendealern zu erleichtern und die Anordnung von Untersuchungshaft im Bereich der Bagatellkriminalität einzuschränken.

## Strafvollzug

**"Gerade bei jugendlichen Straftätern steht der Erziehungsgedanke im Vordergrund."**

In Strafverfahren, durch die den Betroffenen einschneidende staatliche Sanktionen drohen, müssen sich rechtsstaatliche Garantien in besonderem Maße bewähren. Durch den Vollzug der Strafe soll der Straftäter für sein unrechtmäßiges Handeln einstehen und die Chance zur Resozialisierung erhalten.

Ziel des Strafvollzuges ist für die F.D.P. der im Strafvollzugsgesetz verankerte Behandlungsvollzug. Gerade bei jugendlichen Straftätern ist der Erziehungsgedanke in den Vordergrund zu stellen.

Zur Reform des Jugendstrafvollzuges gehört insbesondere das "betreute Wohnen" jugendlicher Delinquenten unter Aufsicht und Anleitung von Sozialarbeitern. Hierfür sind durch freie Träger sozialpädagogische Fachkräfte bereitzustellen.

Um das weitere Abgleiten jugendlicher Rechtsbrecher in die Kriminalität zu vermeiden, sind vielfältige ambulante Maßnahmen als Alternative zum Strafvollzug vorzusehen.

Besondere Beachtung verdient die Drogenproblematik und die Aids-Gefahr in den Justizvollzugsanstalten.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung;
- Straftäter müssen verstärkt zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden, anstatt auf Kosten der Steuerzahler in den Justizvollzugsanstalten verwahrt zu werden;
- die JVA Oslebshausen ist zu einer Anstalt mit Wohngruppenvollzug mit angemessener Personalausstattung und sozialpädagogischer Betreuung zügig umzubauen;
- zur Organisation des Frauenvollzuges in der JVA Blockland sind Konzepte zu entwickeln;

- die räumliche Trennung von drogenabhängigen und drogenfreien Häftlingen ist zu verwirklichen;
- das Methadon-Programm für Drogenabhängige in den Vollzugsanstalten ist auszuweiten;
- die sozialen Dienste der Justiz und der Sozialbehörde sind zur Organisation ambulanter Alternativen zum geschlossenen Vollzug zu koordinieren.

## BILDUNG

**"Jeder hat nach Maßgabe seiner Begabung das gleiche Recht auf Bildung."  
(Artikel 27 der Bremischen Landesverfassung)**

Diesem Anspruch unserer liberalen Verfassung kann nur ein vielfältiges Schulsystem Rechnung tragen. Eine begabungsgerechte Förderung ist die Voraussetzung für Chancengleichheit: Leistungsschwächere müssen gefördert, herausragend Begabte müssen gefordert werden. **Eine Schule für alle gibt es nicht.** Daher erteilt die F.D.P. der von der SPD-Ideologie verursachten schulpolitischen Monokultur in Bremen auf Kosten unserer Kinder eine klare Absage.

An die Stelle ständiger organisatorischer Veränderungen muß eine inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung von Schule treten: Den gesellschaftlichen und technologischen Wandlungen unserer Zeit kann nur begrenzt mit Strukturmaßnahmen begegnet werden. Vorrang muß deren Umsetzung in Lehr- und Lerninhalten sein.

Der Alleingang Bremens in der Schulpolitik muß endlich aufhören. Bremen braucht wieder wie bis zu Beginn der siebziger Jahre ein Schulwesen, das überregional Anerkennung findet und unser Bundesland aus dem bildungspolitischen Abseits herausführt.

Ein konsequenter Kurswechsel in der Schulpolitik ist nötig. Die freie Wahl der Schule ist ein Stück gelebter Demokratie.

Deshalb fordert die F.D.P.:

### 1. Schulvielfalt:

- Streichung des Paragraphen 3 des Schulgesetzes mit der Festschreibung der Integration;
- grundsätzliche Wahlfreiheit der Schule und des Schulstandortes innerhalb eines breiten Angebotes vielfältiger und gleichrangig ausgestatteter Schularten;
- Aufhebung der starren und häufig willkürlich gezogenen Schulbezirksgrenzen, um Eltern und Schülern eine im Grundsatz freie Standortwahl zu gewährleisten.

### 2. Stärkung der Eigenverantwortung:

- Stärkung der Eigenverantwortung der einzelnen Schulen;
- Stelleneinsparungen im personell aufgeblähten Bildungsressort, vor allem im Bereich der Schulaufsicht;
- Freiheit bedeutet immer auch Verantwortung: Lehrer, Eltern und vor allem Schüler müssen motiviert werden, Mitbestimmungsfunktionen in ihrem Erfahrungsbereich 'Schule' wahrzunehmen und damit Verantwortung zu tragen;
- unzensurierte Verbreitung von Schülerzeitungen sowie die Möglichkeit für politische Schülergruppen, an den Schulen aktiv zu sein.

### 3. Begabungsgerechte Förderung

(vgl. Kapitel 'Kunst und Musik in Unterricht und Lehre):

- Gewährung einer begabungsgerechten Förderung für alle Schüler gemäß Artikel 27 der Landesverfassung; behinderte Schüler bedürfen besonderer Förderung;
- gezielte Fördermaßnahmen und Eingliederungshilfen für Kinder von Aussiedlerfamilien sowie für Schüler ohne Deutschkenntnisse bzw. mit geringen Deutschkenntnissen;

- Beibehaltung der Koedukation. Schulbücher und Lehrpläne müssen aber überarbeitet werden mit dem Ziel, Rollenklischees zu vermeiden oder zu beseitigen;
- Einrichtung von Motivierungskursen für Mädchen in naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern, um die aufgrund traditioneller Erziehung bestehende Distanz von Mädchen zur Technik in der Konkurrenzsituation zu Jungen zu überwinden;
- regelmäßige Berufsberatung bereits ab Klasse 7, um insbesondere den Mädchen die Orientierung zu den gewerblich-technischen Berufen rechtzeitig zu ermöglichen;
- der in Artikel 32 der Bremer Landesverfassung verankerte konfessionsunabhängige Unterricht in Biblischer Geschichte / Religionskunde muß als freiwilliges Angebot in die Stundentafeln aller Jahrgangsstufen Eingang finden;

Den einzelnen Schularten bzw. Schulstufen fallen bei der Erfüllung des Bildungsauftrages jeweils besondere Aufgaben zu.

### Grundschule

**„Lesen, Schreiben und Rechnen müssen im Mittelpunkt stehen.“**

Die Vermittlung von Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen muß im Mittelpunkt des Unterrichts der Grundschule stehen. Insbesondere in den Grundschulen ist Lernfreude zu wecken und zu fördern.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Grundschulklassen sind in einer Größe einzurichten, die den schrittweisen Abbau des Unterfrequenzabzuges ermöglicht.
- Vor allem im Sachkundeunterricht ist das 'anschauliche Lernen' durch Einbeziehung von Vertretern verschiedener Berufsgruppen und stadtteilbezogener Institutionen zu verstärken.

- Als freiwilliges Angebot sollten Grundschüler im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften spielerisch mit den Grundzügen einer Fremdsprache vertraut gemacht werden.
- Versetzungsentscheidungen müssen schon nach dem 1. Schuljahr getroffen werden können.
- Die Grundschulen sind im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu Halbtagschulen auszubauen. Mittelfristig sind die an den Grundschulen der Stadtgemeinde Bremen laufenden Schulversuche personell und materiell abzusichern.

### Orientierungsstufe

**"Die alterstypische Lernfreude muß gefördert werden."**

Die Orientierungsstufe in Bremen ist als Vorstufe zur integrierten Gesamtschule konzipiert. Durch den weitgehenden Verzicht auf Leistungsdifferenzierung und eine Nivellierung im Anforderungsniveau werden die Schüler in ihrer alterstypischen Lernfreude behindert. Eine begabungsgerechte Förderung im Sinne der Bremischen Landesverfassung unterbleibt.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- freie Wahl der ersten Fremdsprache zu Beginn der 5. Klasse (Englisch, Französisch oder Latein);
- Leistungsdifferenzierung vor allem in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie der ersten Fremdsprache, um die Orientierung auf die Schularten Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule zu ermöglichen;
- Kontinuität der Fächer Biologie, Chemie, Physik sowie Kunst und Musik. Abschaffung der praxisfremden Beschränkung dieses Fächerangebotes auf ein Schuljahr bzw. einzelne Schulhalbjahre ("Epochenunterricht");
- Angebot gezielter Fördermaßnahmen für einige Gruppen wie Schüler

ohne Deutschkenntnisse oder mit Lese-Rechtschreibschwäche.

### Hauptschule

**"Es muß wieder mehr Wert auf handlungs- und praxisorientierte Unterrichtsinhalte gelegt werden."**

Die Hauptschule steckt in der Krise, da sie zur "Restschule" zu verkümmern droht. Das eigenständige Profil der Hauptschule muß wieder stärker betont werden.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Abschaffung des verpflichtenden 10. Hauptschuljahres zugunsten eines freiwilligen Angebotes, um wenig lernbereiten Schülern weitere schulische Mißerfolge zu ersparen;
- Überarbeitung der Lehrpläne ab Klasse 7 mit dem Schwerpunkt praxis- und handlungsorientierter Unterrichtsinhalte, die sich an der Lebenssituation der Schüler ausrichten;
- Heranführung von Hauptschülern an die neuen Technologien und Verbesserung des Unterrichtsangebotes im künstlerisch-musischen Bereich;
- Rücknahme der Zusammenlegung der Fächer Biologie, Physik und Chemie zu einem diffusen Fach "Naturwissenschaften".

## Realschule

**"Das eigenständige Profil muß stärker herausgestellt werden."**

Die Realschule benötigt ein eigenständiges, inhaltliches und methodisches Konzept, das gegenüber der gymnasialen Bildung stärker an der Praxis orientiert ist. Sie darf nicht einseitig inhaltsbezogen und auf Leistung im kognitiven Bereich ausgerichtet sein. Vielmehr zielt die Arbeit der Realschule vorrangig auf die Bildung der Gesamtpersönlichkeit ab.

Die Realschule muß auch den leistungsstarken "Spätstarter" fördern, um einen sinnvollen Übergang ins Gymnasium, ins Fachgymnasium bzw. in die Fachoberschule zu ermöglichen.

## Gymnasium

**"Das durchgängige Gymnasium muß allen Bevölkerungskreisen offenstehen."**

Gerade im bundesweiten Standortwettbewerb erweist sich die SPD-Schulpolitik als schwere Hypothek. Es ist ein einzigartiger Zustand im gesamten Bundesgebiet, daß eine durchgängige gymnasiale Bildung in Bremen bis auf eine Ausnahme (Altes Gymnasium) ausschließlich Privatschulen überlassen wird. Die SPD enthält damit all denjenigen Bevölkerungskreisen durchgängige gymnasiale Bildung vor, die sich eine Privatschule nicht leisten können.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Einrichtung jeweils eines durchgängigen Gymnasiums in den Stadtregionen Mitte, Ost, West, Nord und Süd;
- Erhalt des Kippenberg-Gymnasiums in seiner jetzigen Form sowie des Alten Gymnasiums;
- Aufbau eines durchgängigen bilingualen Gymnasiums am Standort Hermann-Böse-Straße auf der Grundlage der KMK-Empfehlungen;

- geeignete Fachgymnasien nach den KMK-Richtlinien müssen einen gleichberechtigten Platz neben den traditionellen Gymnasien haben;
- zur Wahrung gleicher Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf zwölfteinhalb Jahre zuzüglich Prüfungszeit, damit Studierwillige bereits zum Sommersemester ein Hochschulstudium aufnehmen können;
- Schüler der gymnasialen Oberstufe müssen die Möglichkeit haben, entsprechend ihren Neigungen und Fähigkeiten eigene Schwerpunkte bei der Fächerwahl auf der Grundlage der KMK-Vereinbarungen zu setzen. Daher:
  - Reduzierung der Unterrichtswochenstundenzahl von Leistungsfächern von sechs auf fünf.
  - Abschaffung der verpflichtenden Belegung von zwei zusätzlichen Kursen Gemeinschaftskunde (Neuregelungen im Aufgabenfeld II).

## Gesamtschule

**"Gesamtschulen tragen zur Schulvielfalt bei."**

Auch Gesamtschulen sind für die F.D.P. Bestandteil eines vielfältigen und gleichrangig ausgestatteten Schulwesens. Sie müssen sich unter den für alle Schulen üblichen Bedingungen bewähren. Ihre flächendeckende Einführung lehnt die F.D.P. ab.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- keine personelle und materielle Bevorzugung von Gesamtschulen;
- Gesamtschulabschlüsse müssen Abschlüssen anderer Schularten vergleichbar bleiben.

## Sonderschule

**"Sonderschulen müssen eigenständiger Bestandteil des öffentlichen Schulwesens bleiben."**

Behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder haben Anspruch auf eine spezielle Förderung. Eine verordnete Integration von behinderten und nicht behinderten Schülern lehnt die F.D.P. ab.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Sonderschulen müssen daher eigenständiger Bestandteil des Schulwesens bleiben;
- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Sonderschulen und allgemeinbildenden Schulen;
- Fortführung der gegenwärtigen Schulversuche hinsichtlich gemeinsamen Unterrichts Behinderter und Nichtbehinderter. Die dafür erforderlichen materiellen, räumlichen, personellen und pädagogischen Voraussetzungen müssen sichergestellt werden;
- behutsame Weiterentwicklung der Integration behinderter und nicht behinderter Schüler auf freiwilliger Basis aller Beteiligten.

## Privatschule

**"Privatschulen sind eine unverzichtbare Ergänzung zu den öffentlichen Schulen."**

Zur Vielfalt des Schulwesens gehören für die F.D.P. auch Privatschulen. Sie sind eine wichtige Ergänzung des öffentlichen Schulwesens und haben daher Anspruch auf staatliche Förderung nach Maßgabe der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes.

## Berufliche Schulen

**"Nur mit eigenständigen beruflichen Schulen werden wir den wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft gerecht."**

Der beruflichen Bildung mit eigenständig geführten, leistungsfähigen beruflichen Vollzeit- und Teilzeitschulen kommt eine herausragende Bedeutung bei der Berufsausbildung der Jugendlichen und damit bei der Bewältigung der Strukturprobleme unserer Region zu (vgl. Kapitel *ARBEITSMARKT und WIRTSCHAFT*). Daher brauchen die beruflichen Schulen des Landes Bremen eine zeitgemäße sachliche und technische Ausstattung in Zusammenarbeit mit Industrie und Handwerk.

Das duale System der Berufsausbildung hat sich seit Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes als berufliches Qualifizierungssystem bewährt und deshalb zu Recht internationale Anerkennung gefunden. Allen Versuchen, das duale Berufsausbildungssystem auszuhöhlen, erteilt die F.D.P. eine klare Absage.

Das berufliche Schulwesen kann seinen eigenständigen Auftrag nur mit kompetent ausgebildeten Handels- und Gewerbelehrern sowie einer sachgerechten Ausstattung erfüllen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Berufliche Vollzeitschulen wie Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachoberschulen und Fachgymnasien als wesentliche Bestandteile des beruflichen Schulwesens sind in ihrem Bestand zu sichern.
- Die «Perspektiven beruflicher Schulen im Lande Bremen» (PeBeSch) mit ihren wesentlichen Zielen der Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung sowie der Doppelqualifikation dürfen nicht umgesetzt werden.
- Berufliche Bildungsgänge müssen vorrangig berufsbezogene sowie angemessene Anteile berufsfeldbreiter Inhalte in einem ausgewogenen Verhältnis umfassen.
- Berufliche Grundqualifikationen bedürfen der ständigen Evaluation und Weiterentwicklung. Sie können in schulischer Vollzeit- oder Teilzeitform parallel zur betrieblichen Ausbildung vermittelt werden.

- In der dualen Ausbildung ist ein zwölfständiger Berufsschulunterricht mit Ergänzungsangeboten zu verwirklichen.
- Eine bedarfsorientierte Lehrer- und Sachmittelausstattung muß gewährleistet sein. Wissenschaftlich ausgebildete Lehrer (z.B. Diplom-Handels- bzw. Gewerbelehrer) und Fachlehrer bzw. Lehrer für Fachpraxis sind bedarfsorientiert auszubilden und in den Schuldienst zu übernehmen.

### Weiterbildung

**"Die Weiterbildung hat sich zur vierten Säule des Bildungswesens entwickelt."**

Weiterbildung erfaßt alle Bereiche der Gesellschaft: Kultur, Wissenschaft, Beruf und Freizeit. Schneller technologischer Wandel verbunden mit beruflichen Anpassungs- und Aufstiegswünschen, die demographische Entwicklung, aber auch zunehmende Freizeit und der Wunsch nach persönlicher Entfaltung lassen die Bedeutung von Weiterbildung als vierter Säule des Bildungswesens ständig wachsen. Diesen vielschichtigen Anforderungen muß ein vielfältiges und leistungsfähiges Weiterbildungssystem gegenüberstehen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Novellierung des Bremischen Weiterbildungsgesetzes mit dem Ziel, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende staatliche Bezuschussung einer begrenzten Zahl von Weiterbildungsträgern ('Weiterbildungs-Kartell') durch eine Regelung zu ersetzen, die bundesdeutschem Standard entspricht.
- Novellierung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes zur Anpassung an betriebliche und gesellschaftliche Erfordernisse.
- Berufliche Weiterbildung baut in der Regel auf der Erstausbildung auf. Beide Stufen der Berufsausbildung sind deshalb inhaltlich und organisatorisch aufeinander abzustimmen und miteinander zu verknüpfen.

### Lehrerbildung

**"Bremer Lehrer müssen auch in den anderen Bundesländern eine Einstellungschance haben."**

Wie in der Schulpolitik darf es auch in der Lehrerbildung keine Bremer Alleingänge mehr geben. Für Bremer Lehrer ist die Chancengleichheit auf Bundesebene nicht mehr gewährleistet, da andere Bundesländer inzwischen die Bremer Lehrerbildung mit ihren stufenbezogenen Schwerpunkten nicht mehr anerkennen. Soziale Härten für die in Bremen ausgebildeten Lehrer sowie eine Verletzung des Grundrechts auf Freizügigkeit sind die Folge.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Anpassung der bremischen Lehrerbildung an bundesdeutsche Standards unter Berücksichtigung europäischer Regelungen.
- Schularbezogene Qualifikationen müssen an die Stelle stufenbezogener Abschlüsse treten, wie es die bundesrechtlichen Rahmenvorgaben verbindlich regeln.
- Die in der Lehrerbildung vermittelten Lehrbefähigungen sind inhaltlich zu erweitern auf moderne Informations- und Kommunikationstechnologien.
- Im aktiven Schuldienst tätige Lehrer müssen verstärkt an notwendigen und geeigneten Lehrerfortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Ihnen sind dafür angemessene, zeitlich befristete Ausgleichsregelungen zu gewähren.



**WISSENSCHAFT**

**Hochschulpolitik**

**"Die Hochschulen des Landes Bremen brauchen Zukunftsperspektiven."**

Wissenschaft, Forschung und Lehre sind ein regional und überregional bedeutender Wirtschaftsfaktor. Daher benötigen die Hochschulen des Landes Bremen Rahmenbedingungen, in denen sie ihre Leistungsfähigkeit beweisen und ihr eigenständiges Profil entwickeln können, damit Bremen im Standortwettbewerb in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Lehre nicht von der nationalen und internationalen Entwicklung abgekoppelt wird. Verschärft wird diese Gefahr durch die enorm gestiegenen Studentenzahlen, vor allem an den Hochschulen Bremen und Bremerhaven. Trotz der knappen Haushaltsmittel müssen diese Herausforderungen gemeistert werden, um den Hochschulbereich insgesamt auf eine gesicherte Basis zu stellen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Es muß ein für alle Hochschulen Bremens tragfähiges Zukunftskonzept entwickelt werden, das insbesondere den jeweiligen Bedarf in personeller und materieller Hinsicht sowie ihre individuellen Forschungs- und Ausbildungsprofile berücksichtigt.
- Die vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft initiierte und von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Hochschulsonderprogramme müssen entsprechend dem Studentenaufkommen und dem Bedarf an Lehr- und Dienstleistungspersonal aufgeteilt werden. Die Bevorzugung einer Hochschuleinrichtung lehnt die F.D.P. ab.
- Die Selbstverwaltung der Hochschulen als unerläßliche Voraussetzung für wissenschaftliche Kreativität und Leistungsfähigkeit muß gestärkt werden.
- Die Hochschulforschung als Fundament der Grundlagenforschung muß über eine angemessene Grundausstattung verfügen.
- In Kooperation mit der Wirtschaft, insbesondere den mittelständ-

schon Betrieben, ist der Technologietransfer auszubauen.

- Die Drittmittelforschung ist konsequent weiter auszubauen.
- Dem wissenschaftlichen Nachwuchs muß Gelegenheit zur höheren Qualifikation gegeben werden, so daß genügend wissenschaftlicher Nachwuchs für frei werdende Stellen zur Verfügung steht.
- Frauen sind als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Professorinnen unterrepräsentiert. Daher muß es besondere Fördermaßnahmen für den weiblichen Nachwuchs geben.

**Universität**

**"Die Universität muß ihrem Anspruch einer nach allen Seiten ausgerichteten Hochschule gerecht werden können."**

Die Kurskorrektur der Bremer Universität in Richtung einer technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Orientierung ist begrüßenswert; das Negative-Image gehört der Vergangenheit an. Damit die Universität ihrem Anspruch einer nach allen Seiten ausgerichteten Hochschule gerecht wird, müssen auch die Geisteswissenschaften fester Bestandteil des universitären Angebotes bleiben.

Die Verkürzung der Studienzeiten ist anzustreben. Die Studienzeit sollte in ein Grundstudium mit qualifiziertem Abschluß und ein Aufbaustudium gegliedert sein.

## Hochschule Bremen und Hochschule Bremerhaven

**"Die Fachhochschulen gewinnen ihre Bedeutung aus der engen Verzahnung von Theorie und Praxis."**

Die Hochschule Bremen und die Hochschule Bremerhaven leisten nicht zuletzt wegen der engen Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Als Fachhochschulen gewinnen sie ihre Bedeutung aus der engen Verbindung der Theorie mit der Praxis; hierin liegt auch die Berufschance ihrer Absolventen. Die F.D.P. erteilt allen Bestrebungen, die Fachhochschulen den Universitäten anzugleichen, eine Absage.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Im personellen und materiellen Bereich müssen die Voraussetzungen für ein leistungsfähiges, regional und überregional anerkanntes Fachhochschulsystem geschaffen werden.
- Die Stellen für Lehrkräfte und Dienstleistungspersonal müssen entsprechend dem Bedarf der jeweiligen Standorte, Fachbereiche und Studiengänge aufgestockt werden.
- Die Hochschule Bremerhaven muß weiter ausgebaut werden, um ihre Existenzfähigkeit und Funktion als Partner der Wirtschaft in der Region zu sichern. An der Hochschule Bremerhaven ist ein Studiengang Fertigungstechnik einzurichten.
- Dringend sanierungsbedürftige Gebäude, namentlich die der Hochschule Bremen, müssen umgehend instandgesetzt werden.

## KULTUR

**"Aufgabe des Staates ist es, den Rahmen für kulturelle Vielfalt und Lebendigkeit zu stecken."**

Ziel liberaler Kulturpolitik ist es, die Vielfalt der Kultur bewußt zu machen, sie zu pflegen und zu fördern. Aufgabe des Staates muß es sein, dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Staat darf weder die Inhalte von Kultur bestimmen noch bevormundend oder zensierend in das Kulturleben eingreifen. Eine lebendige, vielfältige und unabhängige Kulturlandschaft ist nicht nur ein ganz wesentliches Kriterium für Lebensqualität, sondern fördert auch die Bereitschaft der Menschen, sich mit ihren Städten und der Region zu identifizieren.

Kunst und Kultur sind darüber hinaus ein wichtiger Standortfaktor: So haben kulturelle Großveranstaltungen von überregionaler Ausstrahlung einen erheblichen Werbewert für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven.

Im bundesweiten Vergleich der öffentlichen Ausgaben für die Kultur belegt Bremen einen der letzten Plätze. Die Finanzlage erfordert daher gerade im Kulturbereich Schwerpunktsetzungen und Kreativität.

Eine Kulturförderung nach dem 'Gießkannen-Prinzip', die es allen recht machen will, letztlich aber keinem hilft, lehnt die F.D.P. ab. Auch Kunst muß sich im Wettbewerb behaupten. Eine Künstlerförderung ohne Wettbewerb verkommt zur reinen Alimentierung.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Es ist der Grundbedarf aller förderungswürdigen Kultureinrichtungen zu ermitteln, bevor gezielte Fördermaßnahmen ergriffen werden.
- Es muß ein integriertes Informationssystem für die Kultureinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen entwickelt werden, um insbesondere ortsfremden Besuchern das Auffinden von Museen, Theatern und Sehenswürdigkeiten zu erleichtern. In Bremerhaven muß das bestehende System verbessert werden (vgl. Kapitel 'Museen').

- Der Kulturetat muß entsprechend der Empfehlung des Deutschen Städtetages auch in Bremen schrittweise auf 3 % des Gesamthaushaltes erhöht werden.

## Theater

**"Theater sind ein wichtiges Element im kulturellen Leben."**

Theater sind ein tragendes Element kulturellen Lebens und stehen daher im Mittelpunkt der staatlichen Kulturförderung.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Das Drei-Sparten-Theater (Schauspiel, Oper, Tanz) muß erhalten bleiben.
- Als erfolgreiches Privattheater sollte die Bremer «shakespeare company» mit einem Zuschuß in Höhe der erzielten Einnahmen gefördert werden. Der miet- und nebenkostenfreien Nutzung der Theaterspielstätte am Leibnizplatz ist mit einem Abzug von 10 % von diesem Fördersatz Rechnung zu tragen.
- Der Zuschuß an das Ernst-Waldau-Theater ist zur Sicherung des Spielbetriebs deutlich zu erhöhen.
- In der "Glocke" sind die erforderlichen Sanierungsarbeiten durchzuführen, damit das Gebäude als Konzertsaal für Bremen erhalten bleibt.
- Der Fundus der städtischen Bühnen sollte auch anderen Theatern zur Verfügung gestellt werden.
- Der technische Betrieb der Theater GmbH sollte ausgegliedert und privaten Firmen übertragen werden.

Die F.D.P. begrüßt darüber hinaus die Privatinitiative zum Bau einer Philharmonie. Als Standort käme der alte Theaterhügel am Wall in Frage.

> **Für Bremerhaven:** vgl. F.D.P.-Kommunalprogramm Bremerhaven

## Museen

**"Die wertvollen und teilweise unwiederbringlichen Exponate müssen besser geschützt werden."**

Von den jahrelangen Kürzungen im Kulturetat sind insbesondere unsere Museen betroffen. Ein Rückgang der Besucherzahlen ist die Folge. Mit einem Bündel von Maßnahmen muß dieser Entwicklung begegnet werden.

Das Übersee-Museum verfügt über wertvolle und zum Teil unwiederbringliche Exponate, die in ungeeigneten Magazinen gelagert werden.

Das Focke-Museum ist seit vielen Jahren personell unterbesetzt, für das Gebäude besteht ein erheblicher Sanierungsbedarf. Unersetzliche Exponate sind in ihrem Bestand gefährdet. Seit vielen Jahren verfügt das Museum über keinen Anschaffungsetat mehr.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Der kulturpädagogische Dienst aller bremischen Museen muß als Informationsstelle für Bürger, insbesondere für Schüler, erhalten bleiben.
- Für das Übersee-Museum sind geeignete Magazinflächen und neue Ausstellungsflächen einzurichten.
- Für das Focke-Museum muß weiterhin ein Standort in der Innenstadt gefunden werden. Das Gebäude an der Schwachhauser Heerstraße muß saniert werden.

In Bremerhaven soll der "Zoo am Meer" durch die Einbeziehung der meereskundlichen Sammlung des früheren Nordseemuseums erweitert werden.

> Für Bremerhaven: vgl. F.D.P.-Kommunalprogramm Bremerhaven

### Denkmalpflege

**"Denkmalpflege darf nicht länger Stiefkind bremischer Politik sein."**

Bremen ist berühmt für seine historische Bausubstanz (vgl. Kapitel 'Stadtbildpflege'). Denkmalschutz und Denkmalpflege führen in Bremen jedoch ein Schattendasein. Sowohl im öffentlichen Bewußtsein als auch beim Umgang der planenden und bauenden Ämter mit dem Landesdenkmalpfleger spielen die Belange des Denkmalschutzes in der Regel eine untergeordnete Rolle. So war das Landesamt für Denkmalpflege wegen mangelhafter personeller und materieller Ausstattung zu keinem Zeitpunkt in der Lage, seinen gesetzlichen Auftrag der wissenschaftlichen Erforschung, der Pflege, des Schutzes und des Erhalts von Kulturdenkmälern voll zu erfüllen.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- personelle Aufstockung des Landesamtes für Denkmalpflege;
- Aufstockung des Zuschußetats für die Erhaltung privater Gebäude;
- Erlaß von Rechtsverordnungen, die die Kompetenzen des Landesdenkmalpflegers und der planenden bauenden Ämter regeln;
- Maßnahmen zur besseren Verankerung der Belange der Denkmalpflege im öffentlichen Bewußtsein.

### Kunst und Musik in Unterricht und Lehre

**"Kulturelles Interesse muß früh geweckt werden."**

Aufgabe des Staates ist es, so frühzeitig wie möglich kulturelles Interesse zu wecken, zu wahren und zu fördern.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die künstlerisch-musischen Fächer müssen einen höheren Stellenwert im Schulunterricht bekommen.
- Der besorgniserregenden Situation an der Jugend- und Volksmusikschule muß mit einem geeigneten Maßnahmenkatalog zur Sicherung ihrer Existenz sowie der Kontinuität und Qualität der Ausbildung begegnet werden.
- Die Hochschule für Künste muß vor allem im Bereich Musik so ausgestattet werden, daß sie bundesweiten Vergleichen standhalten kann.

### Bibliotheken

**"Die öffentlichen Bibliotheken müssen der gestiegenen Nachfrage Rechnung tragen."**

Die Defizite der Bibliotheken im Bereich der personellen und materiellen Ausstattung haben in der Vergangenheit zu einer Verringerung des Dienstleistungsangebotes sowie einer erheblichen Mehrbelastung der Mitarbeiter geführt.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Erhöhung des Anschaffungsetats angesichts der gestiegenen

Bücherpreise sowie der verstärkten Nachfrage.

- Unterbringung der Zentralbibliothek im Gebäude der ehemaligen Staatsbibliothek. Dem Übersee-Museum ist für die Lagerung von Exponaten geeigneter Ersatzraum zur Verfügung zu stellen.
- > Für Bremerhaven: vgl. F.D.P.-Kommunalprogramm Bremerhaven

### Niederdeutsche Sprache

**"Dem Land Bremen als Sitz des Instituts für niederdeutsche Sprache kommt bei der Pflege des niederdeutschen Sprachgutes eine besondere Verantwortung zu."**

Die niederdeutsche Sprache ist ein wesentlicher Bestandteil des kulturellen Erbes unserer Region. Dem Bundesland Bremen als Sitz des Institutes für niederdeutsche Sprache kommt daher bei der Pflege und Bewahrung dieses wichtigen Kulturgutes eine besondere Verantwortung zu.

Deshalb fordert die F.D.P.:

- Die Zuschüsse des Landes Bremen an das Institut für niederdeutsche Sprache müssen erhöht werden, damit das Institut seine vielfältigen und stetig zunehmenden Aufgaben erfüllen kann.
- An der Universität Bremen soll ein Lehrstuhl für niederdeutsche Sprache eingerichtet werden. Zur Finanzierung sollten nach Möglichkeit auch private Stiftungen einbezogen werden.
- Die bereits bestehenden Unterrichtsangebote in niederdeutscher Sprache sind didaktisch und methodisch zu koordinieren mit dem Ziel, in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven an zunächst jeweils einem Standort ein freiwilliges Angebot in niederdeutscher Sprache in den Klassen 1 bis 13 einzuführen.

### Plattdüütsche Spraak

**"Dat Land Bremen, wo dat Institut für niederdeutsche Sprache sien Arbeitsplatz un sien Tohuus hett, hett' n wichtig Upgaav övernahmen, wenn dat gelt, Plattdüütsch to hegen un to plegen. Door mutt dat Land Bremen för graad stahn ."**

De plattdüütsche Spraak hett meist siet dusend Jahr in us Rebett Heimatrecht. Se is de Lüüd hier egen un 'n wichtig Arfdeel in use Kultur. Dat Land Bremen, wo dat Institut für niederdeutsche Sprache sien Arbeitsplatz un sien Tohuus hett, hett 'n wichtig Upgaav övernahmen, wenn dat gelt, Plattdüütsch to hegen un to plegen. Door mutt dat Land Bremen för graad stahn.

De F.D.P. föddert:

- Dat Land Bremen mutt för dat Institut für niederdeutsche Sprache mehr Geld togeben as bet nu. Mit de Jahrn is de Arbeit an dat Institut mehr un mehr worrn. Vele Lüüd intresseert sik för dat Plattdüütsche, wüllt de egen Spraak lehrn un jümmers mehr över un von ehr weten. Giff dat nich mehr Geld, denn köönt de poor Mitarbeider von dat Institut de Arbeit up de Duer nich mehr rieten.
- An de Universität Bremen mutt dat möglich warm, dat een Plattdüütsch Spraak un Literatur studeern kann. Door mutt 'n Perfesser för her, de möglicherwies uk von privaats Stiftern sien Geld kriegen kann.
- För Plaatsdüütsch an de School mutt 'n Konzept her, wo Didaktik un Methodik een up dat anner afstimmt is. Up't Enn mutt dat möglich sien, datt Schoolkinner in Bremen und Bremerhaven von dat 1. bet na dat 13. Schooljahr hen friewillig bi plattdüütsche Kursen mitmaken köönt un stüttig wat toleht.

## Privates Engagement

**"Ohne nachhaltige Unterstützung durch  
privates Kapital ist kulturelles Leben  
nicht vorstellbar."**

Zur Freiheit von Kultur gehört auch die Kulturförderung. Förderung von Kultur muß weitgehend frei bleiben von staatlicher Einflußnahme, bürokratischen Entscheidungsprozessen und Kontrollen.

Kulturelles Leben ist ohne eine nachhaltige Unterstützung durch privates Kapital nicht vorstellbar. Aufgabe staatlicher Kulturpolitik muß es daher sein, in jeder erdenklichen Weise das Engagement von Bürgern und Unternehmen für den Kulturbetrieb zu fördern.

Die F.D.P. begrüßt die zahlreichen Initiativen von Privaten, auch im Bereich der Kulturförderung Verantwortung zu übernehmen. Ausdrücklich unterstützt die F.D.P. das Eintreten von Privaten für den Bau einer Philharmonie in Bremen.

Privates Engagement darf jedoch nicht als Alibi für Untätigkeit der öffentlichen Hand mißbraucht werden. Vielmehr müssen Instrumentarien für ein Zusammenwirken öffentlicher und privater Kulturförderung entwickelt werden.

Die F.D.P. spricht sich daher für die Einrichtung einer "Kulturstiftung für die Freie Hansestadt Bremen" aus, um

- die Zusammenarbeit zwischen staatlicher und privater Kulturförderung zu verbessern und
- Gelder gezielt und vor allem kurzfristig einzusetzen.

## Alphabetisches Stichwortregister

### A

Abfallwirtschaft - 32  
Abgeordnete, Gleichstellung von - 3  
Aids - 45, 54  
Altablagerungen u. Altlasten - 34  
Altengerechte Wohnungen - 37, 42  
ambulante Dienste - 37  
ambulante Pflege - 46  
ambulante Versorgung - 43, 45, 46  
Ansiedlung von Unternehmen - 9  
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) - 7  
Arbeitslosenquote - 6, 8  
Arbeitslosigkeit - 6  
Arbeitsmarkt - 6  
Arbeitsplätze - 7, 10  
Arbeitszeitabsprachen - 40  
Arrondierung - 28  
Asylbewerber - 47, 48  
Asylrecht - 47, 48  
Asylverfahren - 48  
Aufgabenfeld II - 61  
Aufgabenkritik - 4  
Ausflagung - 17  
Ausländerwahlrecht zu den Beiräten - 52  
Außenhandel - 13  
Außenweservertiefung - 16  
Autobahnen - 2, 24

### B

Bauleitplanung - 3, 27, 28, 42  
bauliche Verdichtung - 28  
Baulücken - 28  
Bauressort - 4, 27, 28  
Bauschutt - 33  
begabungsgerechte Förderung - 55  
behinderte Kinder - 37, 38, 56, 62  
behinderte Menschen - 37, 38, 41, 42, 56, 62  
behinderte Senioren - 44  
behindertengerechtes Bauen - 37  
Beiräte - 51, 52  
Berufliche Schulen - 63  
Berufsaufbauschulen - 63  
Berufsausbildung - 7, 12  
Berufsberatung - 57  
Berufsfachschulen - 63

Berufstätigkeit von Frauen - 40  
Beschäftigungshindernisse im Handwerk - 13  
Betriebskindergarten - 40  
Bibliotheken - 73  
Bildung - 55  
Bilinguales Gymnasium - 60  
Binnenschifffahrt - 22  
Binnenverkehr - 17  
Biotope - 31  
Blockheizkraftwerk - 35  
Bömers Park - 29  
Böttcherstraße - 30  
Bremisches Bildungsurlaubsgesetz - 64  
Bremisches Personalvertretungsgesetz - 50, 51  
Bremisches Weiterbildungsgesetz - 64  
Buchetat - 73  
Bürgernähe - 51, 52  
Bummelqualität - 15  
Bundeswehr, -standorte - 10, 28  
Busverbindungen - 23

## C

Chancengleichheit - 55  
Container-Terminal Bremerhaven - 16

## D

Dachgeschoßausbau - 28  
Demonstrationen - 47  
Denkmalpflege - 72  
Deputationen - 3  
Deregulierung - 11  
deutsche Vereinigung - 8  
Dienstleistungsabend - 13  
Dienstleistungsbereich - 15  
Dienstleistungsgesellschaft - 11  
Dienstleistungspersonal an Hochschulen - 68  
Diplom-Handelslehrer - 63, 64  
Direktwahl zu den Beiräten - 52  
Distributionszentren - 14  
Diversifizierung - 18  
Doppelqualifikation - 63  
Drittmittelforschung - 67  
Drogen - 48, 49, 54  
Drogenhandel - 48  
Drogenkranke - 48  
Drogenkommissariat Bremerhaven - 47  
Drogenkriminalität - 46

Drogentherapie - 48, 49  
duale Berufsausbildung - 12, 63, 64  
Durchgangsverkehr - 24

## E

Einkaufsqualität - 15  
Einzelhandel - 13  
Eisenbahn - 21  
Eltern-Selbsthilfegruppen - 38  
Energiebilanz - 35  
Energieeinsparungen - 35  
Energieerzeugung - 34, 35  
Energiepolitik - 34  
Entbürokratisierung - 11  
Entsorgungskonzept für NW-Deutschland - 33  
Epochenunterricht - 58  
erneuerbare Energien - 35  
europäischer Binnenmarkt - 9, 34  
Existenzgründungen - 11

## F

Fachgymnasium - 60, 63  
Fachoberschule - 60, 63  
Fahndungsdienst - 47  
Fahrradverkehr - 24, 25  
F.D.P. - passim  
Fernmeldetechnisches Amt - 6  
Fernstraßen - 20, 21  
Finanzen - 4  
Fischereihafen Bremerhaven - 10  
Flächennutzungsplanung - 3, 27, 28  
flexible Arbeitsverhältnisse - 40  
flexible Öffnungszeiten - 40  
Flughafen - 9, 21  
Focke-Museum - 71  
Franz-Schütte-Allee - 24  
Frauenförderpläne - 40  
Frauenpolitik - 40, 41  
Frauenvollzug - 54  
Freie Berufe - 11, 12  
Fremdsprachenunterricht - 58  
Fußgänger - 25

## G

Gebäudesanierung an Hochschulen - 68  
gemeinnützige Arbeiten - 54  
gemeinsame Landesplanung mit Niedersachsen - 10, 19

Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - 48  
Georg-Bitter-Straße - 24  
Gerichtsverfahren - 53  
Gerontologie - 42  
Gesamtschule - 58, 61  
Gesundheit - 43, 44  
Gesundheitserziehung - 45  
Gewässerschutz - 31, 32  
Gewaltdemonstrationen - 47  
Gewalt gegen Kinder - 39  
Gewerbeflächen, - gebiete - 9, 10, 12, 19, 20, 21  
Gewerbegebiete  
- Bayernstraße - 10  
- Bremerhaven-Luneort/Luneplate - 10  
- Bremerhaven-Speckenbüttel - 10  
- Bremerhaven-Weddewarden-Ost - 10  
- Flughafen Bremen - 9  
- GVZ - 9  
- Hafenanlagen - 9  
- Hemelinger Marsch - 10  
- Industriebrachen - 10  
Gewerbelehrer - 63, 64  
Gewerbeverkehr - 19  
Gichtgas, Nutzung von - 35  
Gleichberechtigung - 40  
Gleichstellungsgesetz - 40  
Glocke - 16, 70  
Goethe-Theater - 6, 70  
Großsiedlungen - 27  
Grundbedarf von Kultureinrichtungen - 69  
Grundfertigkeiten - 57  
Grundschule - 57, 58  
Grundwasser - 32  
Grundwasserneubildung - 32  
Güterverkehrszentrum (GVZ) - 9, 20  
Gymnasium - 60, 61

## H

Häfen - 16, 17  
Hafenamt Bremen - 6  
Hafenanlagen - 9  
hafenpolitische Optionen - 17  
Hafenvertretungen - 14  
Halbtagschulen - 58  
Handel, internationaler - 18  
Handelszentren - 14

Handlungsfähigkeit des Senats - 51  
Handwerk - 12, 13  
Hansestadt Bremisches Amt Bremerhaven - 6  
Hauptschule - 59  
Hemelinger Marsch - 10  
Hinterlandverkehr - 16  
Hochbauamt - 6  
Hochgeschwindigkeitsstrecken der DB - 21  
Hochschule Bremen - 68  
Hochschule Bremerhaven - 68  
Hochschule für Künste - 73  
Hochschulforschung - 66  
Hochschulsonderprogramme - 66  
Hochschulpolitik - 66  
hoheitliche Aufgaben - 5, 6  
Horner Heerstraße - 24  
Horner Spange - 29

## I

Individualverkehr - 23, 24  
Industriebrachen - 10  
Informationssystem - 16, 69  
Innenpolitik - 46  
Innenstädte - 13, 16, 23, 24  
Innere Sicherheit - 46, 47  
Institut f. niederdeutsche Sprache - 74, 75  
Integration in der Schule - 56, 62, 63  
integrierte Standorte - 9  
Intercity-Netz - 21

## J

Job-sharing - 40  
Jugendbildung - 38  
Jugendfreizeitheimen - 38  
Jugendliche - 37, 38, 39  
jugendliche Straftäter - 54  
Jugendstrafvollzug - 54  
Jugend- und Volksmusikschule - 73  
Justiz - 52  
Justizvollzugsanstalten - 54

## K

Kanalbauprogramm - 32  
Kfz-Einstellplätze - 28  
Kinder - 37, 38  
Kindergärten - 38, 40  
Kindertagesstätten - 38



Kläranlagen - 6, 32  
Klößner-Gelände - 10  
Koedukation - 57  
kommunale Abgaben und Steuern - 8  
kommunale Dienstleistungen - 6, 12  
Kompostierung - 33  
Konrad-Adenauer-Allee - 29  
Konversion - 14  
Kostenharmonisierung im Binnenverkehr - 17  
Krabbelgruppen - 38  
Krawalle - 47  
Kriminalität - 46, 53  
Kultur - 69, 70  
kulturelle Großveranstaltungen - 69  
Kulturetat - 69, 70  
Kulturförderung - 69  
Kulturstiftung - 76  
Künstlerförderung - 69  
Kurfürstenallee - 24  
Kurzzeitpflegeplätze - 42

## L

Ladenöffnungszeiten - 13  
Landesverfassung - 3, 55, 56, 57, 58  
Landschaftsschutz - 31  
landwirtschaftliche Nutzflächen - 32  
Langzeitarbeitslosigkeit - 6  
Lehrerausbildung - 65  
Lehrerfortbildung - 65  
Lehrpersonal an Hochschulen - 66, 68  
Leichtlohngruppen - 6  
Leistungsdifferenzierung - 58  
Leistungssport - 45  
Lilienthaler Heerstraße - 24  
Lohnkosten - 7  
Luftfrachtverkehr - 21

## M

Methadon - 48, 49, 55  
Minderheitenrechte (PVG) - 51  
Mitbestimmung - 50, 51  
Mittelstand - 10, 11  
Mittelstandsinstitut - 11  
Mittelweservertiefung - 22  
Mittelzentren - 13  
Mitwirkung - 50  
moderne Bürotechnik - 51, 53

Montageerlaß - 17  
Motivierungskurse - 57  
Müllabfuhr - 6  
Müllverbrennung - 33  
Museum - 71, 72  
Musik - 73

## N

Nährstoff-Eliminations-Stufen - 32  
Naturschutz - 31  
Naturschutzgebiete - 31  
Naturwissenschaften in der Schule - 59  
Nebenzentren - 13  
Neubaugebiete - 27, 28  
Neustädter Hafen - 17  
niederdeutsche Sprache - 74, 75  
Nord-West-Knoten - 24

## O

ÖPNV - 22, 23  
Öffentlicher Dienst - 4, 40, 49  
Oper - 70  
Orientierungsstufe - 58  
Osterholzer Dorfstraße - 29  
Osterholzer Heerstraße - 29

## P

Parkhäuser - 25, 26  
Parkraum - 25  
Personalräte - 50  
Personalratswahlen - 51  
Pflegebedürftigkeit - 42  
Pflegeberufe - 44  
Pflegeheime - 42  
Pflege-Risiko-Absicherung - 42  
Pflegeversicherung - 42, 43  
Pflegezeiten - 37  
Philharmonie - 71, 76  
plattdeutsche Sprache - 74, 75  
Polizei - 47  
Prävention - 46  
private Kulturförderung - 76  
Privatisierung - 5, 12, 49  
Privatisierung von Kliniken - 43  
Privattheater - 70  
Privatschulen - 60, 62

**Q**

Qualifizierung von Arbeitnehmern - 7

**R**

Radwege - 24, 25

Radwege-Achsen - 25

Realschule - 60

Rechenzentrum der bremischen Verwaltung - 6

Rechtspolitik - 46, 52

Regionale Wirtschaftsförderung - 15

Religionsunterricht - 57

Reserveflächen - 10

Richtlinienkompetenz - 3

Rückführung von Wertstoffen - 32

ruhender Verkehr - 25

Rüstungsproduktion - 14

**S**

Sauberkeit in der Innenstadt - 15

S-Bahn - 23

Schadstoffbilanz - 30

Schauspiel - 70

Schiffahrt - 17, 18

Schiffahrtsregister, europäisches - 17

Schiffbau - 18

Schiffsneubau - 18

Schilderwald - 24

Schnoorviertel - 16, 30

Schraffierung - 22

Schülerzeitungen - 56

schützenswerte Bausubstanz - 29, 72

Schulaufsicht - 56

Schulbezirksgrenzen - 56

schulartbezogene Qualifikationen von Lehrern - 65

Schulpolitik - 8, 55, 65

Schulvielfalt - 56, 61

Schulzeitverkürzung - 61

sehbehinderte Personen - 25

Schwachhauser Heerstraße - 24

Sekundärenergie - 35

Selbständigkeit - 4, 8, 16, 34

Selbsthilfegruppen - 42, 46

Selbstverwaltung der Hochschulen - 66

Senioren - 25, 41, 42

Seniorenvertretungen - 42

sexueller Mißbrauch von Kindern - 39

Sonderschule - 62

soziale Dienstleistungen - 36

Sozialpolitik - 36, 38

SPD - 4, 8, 22, 47, 55, 60

Sport - 44

Sportanlagen - 45

Sportstätten - 16

Staatsreform - 3

Stadtbildpflege - 29

Städtetourismus - 15

Stadtmarketing - 15

Standortfaktoren - 8, 69

Standortvorteile - 8

Standortwettbewerb - 60, 66

Sterbehilfe - 44

Strafprozeßordnung - 53

Strafverfolgung - 46, 53

Strafvollzug - 54

Straßenbahnen - 23

Streifendienst - 47

Strukturschwäche - 9

Strukturwandel - 6, 11

Studentenwohnheime - 28

Studienzeitverkürzung - 67

**T**

Tanztheater - 70

Tarifabschlüsse - 7

Tariföffnungsklauseln - 7

Tarifstruktur - 7

Teilzeitarbeit - 40

Theater (s. Goethe-Theater; Privattheater) - 6, 70

Trinkwasser-Einzugsgebiete - 34

Tourismus - 15

**U**

Überseehäfen in Bremerhaven - 17

Übersee-Museum - 29, 71, 74

Übungsleiter - 45

Umwelterziehung - 30

Umweltkriminalität - 46

Umweltschutz - 9, 30

umweltverträgliche Antriebssysteme - 23

Umweltverträglichkeitsprüfungen - 31

ungelernte Arbeitskräfte - 6

Universität - 67, 74

Unterfrequenzabzug - 57

Untersuchungshaft - 53

**V**

- Veranstaltungsgesellschaft - 15
- Verbrechensbekämpfung - 46, 53
- Verkehrsberuhigung - 26
- Verkehrsgemeinschaft mit Niedersachsen - 23
- Verkehrspolitik - 8, 19, 22
- Verkehrswegeplan - 19
- Verpackungsverordnung - 32
- Versetzungen in der Schule - 58
- Volkszählung - 27

**W**

- Waffenexporte - 46
- Wahlverfahren - 51
- Weidedamm-Viertel - 29
- Weiterbildung - 64
- Werderbrücke - 24
- Werften - 7, 18
- Weser-Reinhaltung - 31
- Weserkraftwerk - 35
- Weserquerung, -tunnel - 20, 21
- Westtangente Bremerhaven - 20
- Wettbewerbsfähigkeit - 11, 16
- Wettbewerbshilfe - 18
- Wettbewerbsverzerrungen - 7, 18
- Wiedereinstieg in den Beruf - 7
- Wirtschaftskriminalität - 46
- Wirtschaftspolitik - 8, 9
- Wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm - 8, 15
- Wirtschaftsverkehr - 19
- Wirtschaftswachstum - 8, 9
- Wissenschaft - 66, 67
- wissenschaftlicher Nachwuchs - 67
- Wohlfahrtsorganisationen - 36
- Wohngruppenvollzug - 54
- Wohnqualität - 19, 22
- Wohnraumbedarf - 27, 28
- Wohnrecht älterer Mitbürger - 42
- Wohnstraßen - 24
- Wohnumfeld - 51
- Wohnungsbau, -politik - 27

**Z**

- Zentralbibliothek - 74
- Zoo am Meer Bremerhaven - 72
- Zusatzregister - 17